

Wilson als Friedensstifter und der U-Bootkrieg.

Staatsminister Dr. Helfferich
vor dem parlamentarischen
Untersuchungsausschuß.



Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.
Berlin SW. 11, Bernburgerstraße 24 I

Staatspolitische Aufklärungsschriften Nr. 4a

===== Gegen die Schundliteratur. =====

Zur Bekämpfung der Schundliteratur geben wir fortan selbst erzählende unterhaltende und belehrende Volksbücher heraus unter dem Gesamttitel:

Grüne Volksbücher,

von denen die ersten beiden Hefte bereits erschienen sind. Die übrigen erscheinen in Abständen von 8 bis 14 Tagen. — Es handelt sich zunächst um ausgezeichnete Werke lebender Schriftsteller, deren Inhalt allen Anforderungen entspricht, die vom Standpunkt unserer Partei in Hinblick auf unsere parteipolitischen, politischen, nationalen, geistigen und sittlichen Bestrebungen gestellt werden mußten. Einige Werke sind als Perlen der deutschen Literatur anzusprechen, sämtliche im vollstündlichsten Ton geschrieben und für Stadt und Land — besonders auch für das Land — geeignet; sie dürfen in keiner Vereins-, Gemeinde-, Guts-, Fabrik- und sonstigen Volksbücherei fehlen. Der weitesten Verbreitung dieser Volksbücher sind auch dadurch die Wege geebnet, daß sie in neutralem Gewande erscheinen, denn als Verlag zeichnet der von uns eingerichtete „Verlag der Grünen Volksbücher“, Berlin SW 11.

Sämtliche, übrigens inhaltlich abgeschlossene Bände erscheinen im grünen Umschlage, von Künstlerhand geschmackvoll illustriert, — einige Hefte sind auch inhaltlich illustriert. — Für jeden Band haben wir einen Einheitspreis von nur 1 Mk. festgesetzt. 26 Nummern können zum Abonnementspreise von nur 25 Mk., 52 Nummern zum Abonnementspreise von nur 50 Mk. bezogen werden! Versandkosten (bei Voreinsendung des Betrages schätzungsweise einzusenden) trägt in jedem Falle der Besteller.

Verzeichnis der ersten Grünen Volksbücher.

- Nr. 1: **Marienburg.** Erzählung von Kurt Kühn. 72 Seiten.
Ein solches, packendes Volksbuch aus der schwersten Zeit der Ordensheister, aus den furchtbaren Tagen von Tannenberg. Der Orden, das Deutschland der Ostmark, die Ostmark sehen vor sich die riesengroße Gefahr völliger Verschmetterung. Doch finden sich echt deutsche Männer und Frauen, Helden, Aufrechte, die selbst in höchster Not nicht weichen und wanken und lieber sterben, als in polnische Knechtschaft fallen wollen; sie halten durch im Todesmute der Verzweiflung. — Die prächtige Erzählung enthält deutliche Hinweise der Handlung auf die Geschehnisse des Weltkrieges und der Gegenwart.
- Nr. 2: **Ritter, Tod und Teufel.** Von Alstan Schmidt. Etwa 80 Seiten.
Eine Erzählung, in der sich Ernst und Humor zu einem, man kann fast sagen „Kunstwerk“ zusammenfindet, stellenweise ein etwas weher Humor, der unter Tränen lacht und unter Lachen weint. — Es ist ein Spiegel, der dem Leser vorgehalten wird: So hast du einmal gefühlt, gedacht, gehandelt! Kleinlichkeit und Größe gepaart. Eine Erinnerung an Deutschlands große Zeit, die doppelt nahe geht durch die unruhige und vielleicht unbeabsichtigte Anregung der Hieberlegung und des Vergleiches von einst und jetzt.
- Nr. 3: **Um Ostafrikas deutsche Erde.** Von E. Trott-Helge, Misdroy.
- Nr. 4: **Aus der Zeit der Langen Kerle.** Von Ottokar Stauf von der March, Wien. — 48 Seiten. Ein Buch glänzenden Humors.
- Nr. 5: **Stille Helden.** Von H. von Baldener-Harz. 28 Seiten. Einer wahren Begebenheit nach erzählt von dem weitbekannten, glänzenden Marineschriftsteller, Erzähler von Seegeschichten und Verfasser eindrucksvoller historischer Romane.
- Nr. 6: **Das Eisenkrbulein.** Märchen von Ottokar Stauf von der March, Wien. 48 Seiten. Illustriert. Ein wundervolles Märchen seltenster Art und stimmungsvollsten Inhalts aus altdeutscher Kaiserzeit.
- Nr. 7: **Die Sterbende Heimat.** Erzählung aus der Gegenwart von Max Taube.
- Nr. 8: **Der Edelspartakist.** Von H. v. Baldener-Harz. Sehr zahlr. Illust.
Eine unglaubliche Geschichte, die aber den Anspruch erhebt, sehr ernst genommen zu werden. Eine ausgezeichnete Satire auf die Gegenwart.
- Nr. 9: **Thule.** Von Ottokar Stauf von der March.
Ein merkwürdiges Buch, das uns in vollstündlichem Glauberton in die Urzeit der Germanen führt, in packenden Schilderungen die tragischen Vorgänge und Sagenzeiten unserer großen Vergangenheit darstellt und uns die Perlen altgermanischer Literatur zeigt.

Alle Bestellungen und Geldsendungen (Lieferung nur gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme) sind ausschließlich zu richten an die

• **Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.**

Berlin SW 11, Bernburgerstraße 24/1.

Postcheckkonto Berlin Nr. 37 250.



Der Herr Vorsitzende hat in zutreffender Weise die beiden großen Fragenkomplexe unterschieden, auf die es bei der Stellungnahme der verantwortlichen Instanzen und Persönlichkeiten in bezug auf die Entscheidung über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg ankommt. Das ist erstens die Wirkung des U-Boot-Krieges auf unsere Feinde, namentlich auf England, und zweitens die Wirkung des U-Boot-Krieges auf unser Verhältnis zu den Neutralen, besonders zu den Vereinigten Staaten. Um das Einschätzen und Abwägen dieser beiden Wirkungen drehten sich in der Tat die Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen an der Entscheidung beteiligten Stellen, die sich, wie ja bekannt ist, mitunter zu recht schweren Reibungen zugespitzt haben; um das Abwägen und Einschätzen dieser beiden Wirkungen drehte sich der Kampf im Hauptausschuß des Reichstages, in der Presse und in der öffentlichen Meinung. Und ich möchte gleich hinzufügen: um dieses Einschätzen und Abwägen drehte sich auch der Kampf in der Seele eines jeden einzelnen, der an der Entscheidung über diese schwerwiegenden Fragen beteiligt war.

Die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges konnte und durfte keine Prinzipienfrage sein, konnte und durfte nicht als Prinzipienfrage behandelt und beurteilt werden. Sie war eine Frage der politischen und militärischen Kriegsführung. Sie war nicht eine Frage des dogmatischen Glaubens, für den es treue Gläubiger und untreue Abtrünnige gibt, sondern eine Frage des zweckmäßigen Handelns, eines Handelns, für das nur ihrer Natur nach wechselnde Zweckmäßigkeitsgründe entscheidend sein konnten. Das Handeln hatte sich der Situation anzupassen. Wer an der Verantwortung für diese Entscheidung, von der das Schicksal unseres Vaterlandes abhing, mitzutragen hatte, mußte neben dem Für stets das Wider und neben dem Wider stets auch das Für vor Augen haben und auf das gewissenhafteste prüfen; der hatte von dem Augenbilde an, in dem die Frage des U-Boot-Krieges aufgeworfen wurde, unausgesetzt mit sich selbst zu Räte zu geben, unausgesetzt nach der Entwicklung aller mitspielenden Faktoren, nach dem Gange der militärischen und politischen Ereignisse, nach der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Hause und draußen, bei uns und beim Feinde, nach der technischen Ausgestaltung der U-Boot-Waffe usw. seine Stellungnahme nachzuprüfen. Alles das mußte uns immer und immer wieder vor die verantwortungsvollste Frage stellen, vor die je ein Staatsmann, ein Feldherr, ein Admiral in der Welt gestellt worden ist. Diese ungeheure Verantwortung, gleich schwer — das möchte ich betonen — für das Unterlassen wie für das Tun, lag auf allen Beratungen. Ein *Babanquespiel* — der Ausdruck

ist auch hier in diesem Saal gefallen — gab es nicht, für niemand. Jeder der Beteiligten war sich voll der schweren Verantwortung bewußt und trat ein für das, was er nach gewissenhafter Prüfung vor seinem Gott und seinem Volke als notwendig für die Rettung unseres Vaterlandes ansehen mußte. Wer heute vom Babanquespiel spricht, hat keine Abnung von dem Geiste der Pflichttreue und der Gewissenhaftigkeit, mit der alle großen Entscheidungen in diesem Kriege getroffen worden sind. Wer heute vom Babanquespiel spricht — das darf ich wohl sagen —, bringt zu den Verhandlungen des Ausschusses eine Gesinnung mit, die unfähig ist, den Beweggründen der großen Entscheidungen in diesem großen Kriege auch nur im entferntesten gerecht zu werden.

Ich komme nun zur Sache. Bei der entscheidenden Rolle, die schließlich die Vereinigten Staaten in diesem Kriege gespielt haben, lassen Sie mich zunächst unser Verhältnis zu Amerika und seine Beeinflussung durch den U-Boot-Krieg behandeln. Ich brauche kein Wort darüber zu verlieren, wie wichtig es war, Amerika nicht nur aus dem Kriege zu halten, sondern Amerika auch bei einer aufrichtigen Neutralität, die uns nicht schlechter stellte als unsere Feinde, zu halten. Sie haben durch den Grafen Bernstorff gehört, der gewiß nicht voreingenommen ist gegen Amerika und gegen den Präsidenten Wilson, in welchem Maße die Politik der Vereinigten Staaten trotz aller idealen Reden des Präsidenten Wilson durch materielle Interessen in diesem Kriege entscheidend beeinflusst worden ist. Ich darf daran erinnern, daß Herr Graf Bernstorff Ihnen mitgeteilt hat, daß nach den großen Zugeständnissen, die wir Amerika in der Suffer-Note vom 4. Mai 1916 gemacht haben, der Vertraute des Präsidenten Wilson, der Oberst House, ihm, dem Grafen Bernstorff, im Mai 1916 mitgeteilt hat: Wilson könne nichts mehr tun, um jetzt, nachdem wir auf den Boden des Völkerrechts mit dem U-Boot-Krieg zurückgelehrt wären, auch England zur Beobachtung der völkerrechtlichen Normen des Seekrieges, also zur Aufgabe der Handels- und Hungerblockade, zu veranlassen, und zwar deshalb, weil die kommerziellen und finanziellen Beziehungen zwischen den Amerikanern und den Ententeländern sich zu sehr ausgebreitet und zu lukrativ gestaltet hätten. — Das war das Bekenntnis einer schönen Seele, das festgehalten werden muß, ein Bekenntnis, das für die Beurteilung der in Rede stehenden Frage, ob eine aussichtsvolle und für uns annehmbare Friedensaktion des Präsidenten Wilson zu erwarten war, das für die Beurteilung dieser Frage wichtiger ist, als alle in den langen Verhandlungen angezogenen Einzelheiten.

Wilson, der schon im Mai 1916 eingekandenermaßen die geheiligten Grundsätze des Völkerrechts und der Verträge den Handelsinteressen unterordnete, aber nach wie vor die Heiligkeit des Völkerrechts und der Verträge auf den Lippen führte, das ist der Mann, mit dem wir es zu tun hatten. Das bitte ich vor allen Dingen festzuhalten.

Die materielle Entwicklung Amerikas in der Richtung auf die Entente zu war von Anfang des Krieges an zu befürchten. Wir waren von Anfang an gegenüber der Entente schlechter gestellt. Die völkerrechtswidrige Unterbindung eines jeden Seeverkehrs zwischen Deutschland und der Außenwelt auch des Seeverkehrs mit neutralen Staaten, auch des Verkehrs mit Waren, die nicht auf der Rammwarenliste standen, auch des Seeverkehrs von Nichtkombattanten, — alles das mußte die Entwicklung der kommerziellen und finanziellen Beziehungen in der Richtung nach den Entente-Staaten zu begünstigen.

Immerhin wäre eine Gegenwirkung für uns unter der Voraussetzung möglich gewesen, daß bei den maßgebenden Persönlichkeiten der Union eine solche Gegenwirkung als erwünscht angesehen und gefördert worden wäre. Das war aber von Anfang an nicht der Fall. Versucht worden ist diese Gegenwirkung. Der Ausschuß hat die Möglichkeit, Zeugen darüber zu vernehmen. Gleich nach Kriegsbeginn ist der frühere Staatssekretär Dr. Dernburg von der Reichsleitung veranlaßt worden, nach Amerika zu reisen, gewissermaßen um dort als persönlicher Stützpunkt für unsere Interessen zu dienen, namentlich um unsere finanziellen und wirtschaftlichen Interessen dort zu vertreten; ferner ist einer der tüchtigsten Beamten des Reichsamts des Innern, Herr Albert, der jetzige Unterstaatssekretär in der Reichsanzlei, zu gleichen Zwecken hinübergeschickt worden. Aber auch große Privatunternehmungen haben solche Versuche unternommen. So hat die Deutsche Bank, deren Direktorium ich bei Kriegsausbruch noch angehört habe, auf meine Veranlassung einen der selbstvertretenden Direktoren mit weitgehenden Vollmachten nach New York geschickt, um auch für den zu erwartenden Fall mangelhafter Nachrichtenverbindungen drüben aktionsfähig zu sein. Aber alle Herren fliehen von Anfang an auf große Schwierigkeiten sowohl in der öffentlichen Meinung, in der allgemeinen Volksmeinung, wie auch bei den maßgebenden Kreisen.

Bezeichnend ist die Behandlung unserer Telefunkenverbindungen, die auch bereits zur Sprache gekommen ist. Graf Bernstorff hat bereits berichtet, daß wir nach unseren eigenen Funktionen in Amerika — es waren deutsche Unternehmungen, die geringe feindliche Beteiligung ändert nichts an der Sache — nach Kriegsausbruch auf Anordnung der amerikanischen Regierung nur solche Chiffre-Telegramme schicken durften, für die die amerikanische Regierung den Schlüssel besaß. Um die Nachrichtenverbindung mit Amerika zu verbessern, habe ich mich gleich nach Kriegsausbruch mit der Telefunken-Gesellschaft und mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt wegen Schaffung von neuen Funkenverbindungen, um die zwei, die wir hatten und die nicht übermäßig leistungsfähig waren, zu ergänzen. Die Schaffung einer neuen leistungsfähigen Telefunkenverbindung wäre technisch innerhalb nicht allzu langer Zeit möglich gewesen; aber der Plan mußte infolge der unfreundlichen Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber unseren Stationen aufgegeben werden, während die Entente auf ihren Rabeln, die doch schließlich auch auf amerikanischem Territorium gelandet waren, alles, was sie wollte, chiffriert und unchiffriert herübertelegraphieren konnte, und zwar die Regierungen sowohl wie die Privaten. Wir dagegen waren während des ganzen Krieges auf die magere und kontrollierte Verbindung dieser zwei oft versagenden Telefunkenstationen und auf gelegentliche Gefälligkeiten der amerikanischen Regierung für unseren Verkehr angewiesen, und ferner auf Umwege, die man sich mühsam und unter immer wachsenden Schwierigkeiten über das neutrale Ausland suchen mußte. Wäre Amerika von Anfang an neutral gewesen, ich frage hier, was stand dem entgegen, daß unsere Telefunkenverbindung mit Amerika sofort in größtem Maße ausgebaut wurde? Welcher völkerrechtliche Grundsatz stand dem entgegen, daß die amerikanische Regierung gestattete, eine solche Verbesserung des Kommerzes zwischen Deutschland und Amerika, einem neutralen Lande, herbeizuführen?

Auch die Bemühungen, die amerikanische Gesellschaftswelt finanziell und wirtschaftlich für uns

zu interessieren, blieben vergeblich. Man hat in der Öffentlichkeit gelegentlich die Meinung ausgesprochen, Amerika würde sich uns gegenüber anders verhalten haben, wenn wir ebenso wie Frankreich und England von Anfang an in Amerika — ich gebrauche den vulgären Ausdruck — „gepumpt“ hätten; dazu wären wir aber in Deutschland zu stolz gewesen, wir hätten uns darauf lapriziert, alle Anleihen im Inlande aufzunehmen. Meine Damen und Herren, ich erinnere mich, daß diese Frage gelegentlich auch in der Budgetkommission des Reichstages gestreift worden ist. Ich erinnere mich, daß Anfang März 1916 im Hauptausschuß ein Abgeordneter mich beglückwünschte — ich war damals noch Reichsschatzsekretär —, daß ich es nicht nötig hätte wie die Engländer und Franzosen, in Amerika Geld zu suchen. Ich habe damals geantwortet, daß der Herr meine tugendhafte Enthaltensamkeit bedeutend überschätze, daß ich sehr gerne Geld von Amerika nehmen würde, wenn ich es nur bekäme. Aber das Ergebnis aller Bemühungen war kläglich. Außer einem größeren Drücken von Kriegsanleihen, den eine rührige Propaganda in deutsch-amerikanischen Kreisen drüben abgesetzt hatte, gelang es nur, in einem Falle oder in zwei Fällen Schatzanweisungen des Reiches in einem lächerlichen Betrage in Amerika unterzubringen, und auch diese Schatzanweisungen mußten sehr bald wieder aus dem Markte genommen werden. Keine von den großen Banken, die sich nicht scheuten, Operationen mit der Entente zu machen, war für eine deutsche Operation zu haben. Der Abschluß dieser kleinen Operation mußte mit einer mittleren Bank gemacht werden.

Ebensowenig gelang es, die amerikanische Geschäftswelt für die Wiederbelebung der Handelsbeziehungen mit uns ernsthaft zu interessieren. Unter Aufwand der größten Mühe kamen einige Versuchsendungen von Nichtkonterbande auf neutralen Schiffen zustande, wobei das Risiko unter der Hand auf das Reich übernommen wurde. Diese Versuche scheiterten daran, daß die amerikanische Regierung gegen die völkerrechtswidrige Festhaltung und Wegnahme dieser Schiffe nichts tat und die interessierten Amerikaner sich mit der Aussicht auf Geldentschädigung durch die Engländer zufrieden gaben.

Im Sommer 1915 — das war noch zu meiner Zeit als Schatzsekretär — hatte ich die Hoffnung, die großen amerikanischen Baumwollinteressenten zu unseren Gunsten mobil machen zu können für die Verbesserung dieser Verhältnisse, die unheilvoll werden mußten. Der Ausfall des deutschen Marktes hat sich damals in der ersten Zeit des Krieges für die amerikanische Baumwolle empfindlich fühlbar gemacht. Der Absatz der Baumwolle und die Baumwollpreise gingen zurück. Der inzwischen leider verstorbene Bremer Großkaufmann Herr Lohmann hat damals mit amerikanischen Geschäftsfreunden über den Anlauf eines gewaltigen Postens von Baumwolle zu günstigen Preisen verhandelt, unter der Bedingung der Lieferung in deutsche Häfen auf amerikanischen Schiffen oder auf neutralen Schiffen. Ich war als Schatzsekretär bereit, dieses Riesengeschäft durch die Uebernahme des Preisrisikos auf das Reich möglich zu machen. Aber der Abschluß wurde dadurch vereitelt, daß England in völkerrechtswidriger Weise die Baumwolle auf die Konterbandeliste setzte. Von den Vereinigten Staaten ist trotz ihres großen Interesses an der Baumwollausfuhr auch gegen die Aufnahme der Baumwolle in die Konterbandeliste ein Einspruch nicht erhoben worden; wenigstens damals nicht, soweit meine Kenntnis reicht.

Aber nicht nur das. Die Duldsamkeit der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Geschäftswelt gegenüber der Entente ging noch

weiter; sie erstreckte sich auch auf Uebergriffe, die sich England auf amerikanischen Boden selbst erlaubte. England nahm sich heraus, die Verschiffung von Baumwolle nach Europa nur noch solchen amerikanischen Händlern zu gestatten, die Mitglieder der Liverpools Baumwollbörse wurden und sich verpflichteten, Deutschland auch nicht indirekt über irgendwelche Neutrale mit Baumwolle zu beliefern. Ähnlich bei der Wolle, ähnlich beim Kupfer und bei anderen Metallen.

Wenn also das materielle Interesse der amerikanischen Produzenten und Händler an Deutschland verknüppelt ist und das materielle Interesse der amerikanischen Produzenten und Händler gegenüber der Entente sich hypertrophisch entwickelt hat, so ist das unter Duldung und Förderung der amerikanischen Regierung, der Regierung des Herrn Wilson geschehen. Die Zwangslage für Herrn Wilson, auf die Oberst House im Mai 1916 sich gegenüber dem Herrn Grafen Bernstorff berufen hat, ist also aus dem in der Sache unneutralen Verhalten der amerikanischen Regierung selbst entstanden.

Ich laufe in diesem Zusammenhange die Frage der Munitionslieferung durch Amerika an unsere Feinde nicht übergehen. Völkerrechtlich ist die Frage vielleicht zweifelhaft; nicht zweifelhaft dürfte sie für Herrn Wilson selbst sein. Wilson hat, soweit ich unterrichtet bin, kurz vor Kriegsausbruch selbst einen Präzedenzfall geschaffen. Im Februar 1914, also ein halbes Jahr vor Ausbruch des großen Krieges, hat der Präsident Wilson das von der amerikanischen Regierung erlassene Verbot der Waffen- und Munitionslieferung für die beiden in Mexiko sich bekämpfenden Parteien folgendermaßen begründet:

Da Carranza keine Häfen hat, Huerta dagegen über Häfen zur Waffeneinfuhr verfügt, ist es unsere Pflicht als Nation, beide auf gleichem Fuße zu behandeln, wenn wir den wahren Geist der Neutralität beobachten wollen und nicht eine reine Papierneutralität.

Die Konsequenz dieses Standpunktes wäre nach Ausbruch des Weltkrieges selbstverständlich der Erlass eines Waffen- und Munitionsausfuhrverbotes nach den kriegführenden Ländern gewesen; denn der Fall lag genau wie in Mexiko; Munition konnte zur Entente gebracht werden, aber nicht zu uns. Wilson hat aber in diesem Falle, der doch wahrhaftig ein gut Stück wichtiger war als die mexikanische Angelegenheit, auf den „wahren Geist der Neutralität“ verzichtet und sich für das entschlossen, was er ein halbes Jahr zuvor selbst als „reine Papierneutralität“ bezeichnet hat. Diese Papierneutralität hat den Krieg um Jahre verlängert, hat Millionen von Menschen das Leben gekostet, hat aber Millionen zu Krüppeln gemacht, hat das Meer von Blut und Tränen ins Unermessene anschwellen lassen. Und warum? — Oberst House hat an den Grafen Bernstorff die Antwort gegeben, eine Antwort, deren Sinn lautete: weil Herr Wilson das Geschäft nicht stören wollte oder konnte, das im Grunde darin bestand, aus den Tränen und dem Blute Europas amerikanischen Geld zu machen. (Bravo! im Zuhörerraum.)

Das deutsche Volk hatte die Entwicklung begriffen, größtenteils instinktiv begriffen. Es hat sie begriffen, bis ihm später zu seinem Verhängnis durch die Lobredner Wilsons der gesunde Sinn verwirrt worden ist. Das deutsche Volk hat in den ersten Jahren des Krieges begriffen, was ihm drüben an Verständnislosigkeit, an Unaufrichtigkeit und kaltherzigem Geschäftssinn gegenüberstand. Es ist neuerlich hier in diesem Ausschuss behauptet worden, die Bewegung gegen Amerika sei durch eine künstliche Agitation in

das Volk hineingetragen worden. Das kann nur behaupten, wer mit dem Volk und namentlich mit dem kämpfenden Heer in der Zeit des Krieges keine Fühlung hatte. Wer von uns allen hat von unseren Feldgrauen an der Front keine Wutausbrüche gehört über die amerikanischen Grauwagen, über die amerikanischen Giftgase, über den amerikanischen Stachel- drabt und über die amerikanischen Flieger!

Die Erregung gegen Amerika war **u r e c h t** und **e l e m e n t a r** und — das sage ich auch heute und auch hier —: sie war **b e r e c h t i g t**. Die amtlichen Stellen haben sie nicht aufgestachelt; sie hatten es gar nicht nötig, sie aufzustacheln. Ich habe lange genug in amtlichen Stellen gearbeitet und kann sagen: wenn wir überhaupt in der Erregung des Volkes gegen Amerika etwas getan haben, so haben wir diese Erregung zu dämpfen gesucht zu gewissen Zeiten, wo es aus politischen und zwingenden Gründen notwendig und richtig erschien. Denn die Politik ist ein un- sentimentales Geschäft, sie darf nicht mit Erregung gemacht werden. Die Politik kann, wenn es in ihren Kreis paßt, Massengefühle benützen, aber sie darf sich nicht von ihnen beherrschen lassen. Sie muß, wenn es darauf ankommt, auch gegen den Strom schwimmen können. Das wußten wir alle, die wir die Geschäfte zu leiten hatten, und ich glaube, sagen zu können: in Sachen Amerikas hat die Reichsleitung nach diesen Grund- sätzen gehandelt. So schwer uns die in ihrem Wesen unneutrale Haltung Amerikas in unserm Kampf auf Leben und Tod belastete, hat die Reichs- leitung sich doch ein klares Bild davon gemacht, was der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg für uns bedeu- ten würde. Ich persönlich bin stets, wo sich die Gelegenheit dazu gab, der viel verbreiteten Meinung entgegengetreten, daß die Hilfe, die das formell noch neutrale Amerika unseren Feinden gewährte, auch bei einem Eintritt Amerikas in den Krieg nicht gesteigert und übertroffen werden könnte. Ich habe das für falsch gehalten und habe das immer mit großem Nachdruck ausgeführt. Ich habe auf Grund meiner Kenntnis der amerikanischen Hilfskräfte diese Auffassung in den vertraulichen Beratungen mit der Obersten Heeresleitung und mit der Seekriegsleitung genau ebenso bekämpft, wie hier in diesem Saale bei den Beratungen des Haupt- ausschusses des Reichstags. Ich habe schon im März 1916, als ich noch als Reichsfinanzsekretär für den damals verhinderten Staatssekretär des Innern v. Delbrück eintreten mußte, diesen Gesichtspunkt stark unterstrichen. Ich habe damals gesagt: Eigensinnig und stolz, wie der Amerikaner ist, wird er, wenn es zum Kriege kommt, auch alles daran setzen, daß der Krieg so zu Ende geführt wird, daß wir zu Boden liegen. Ich habe diesen Standpunkt auch in der Beratung vom 31. August 1916 im Großen Hauptquartier, deren Protokoll in den Händen des Ausschusses ist, nach- drücklich vertreten, ebenso in einer für die Oberste Heeresleitung bestimmten Niederschrift, in der ich ausführte:

Die Schwierigkeiten, mit denen heute die Geldaufnahme der Entente in Amerika zu kämpfen hat,

— Schwierigkeiten waren vorübergehend eingetreten —

werden fallen, wenn es zum Bruch mit den Vereinigten Staaten kommt. Dann werden die Vereinigten Staaten das ganze Gewicht ihrer durch den Krieg außerordentlich gesteigerten Finanzkraft auf seiten der Entente in die Waagschale werfen. Dazu kommt, daß Amerika auch seine bisherige Munitionserzeugung zweifellos noch sehr erheb- lich zu steigern vermag. Einer jährlichen Flußkählerzeugung von etwa 14 Millionen Tonnen in Deutschland steht in den Vereinigten Staa-

ten eine solche von 40 Millionen Tonnen gegenüber. Endlich darf bei einem Krieg, in dem die zur Verfügung stehenden Menschenmassen so schwer ins Gewicht fallen, die militärische Bedeutung eines Landes von 100 Millionen Einwohnern, die einer kultivierten und kräftigen Rasse angehören, nicht außer Acht gelassen werden. Das englische Beispiel im gegenwärtigen Krieg, wie auch der Union selbst im Bürgerkrieg zeigt, was auch aus solchen ungeschulten Kräften im Ernstfall herausgeholt werden kann.

Das habe ich damals im Anschluß an die Pleffer Beratung in einer Niederschrift an die Oberste Heeresleitung festgelegt.

In gleichem Sinne habe ich im Oktober des Jahres 1916 vor dem Hauptausschuß des Reichstages gesprochen; ich habe im Anschluß daran auch die Möglichkeit amerikanischer Truppentransporte gestreift und dabei ausgeführt:

Gewiß, der Transport von einer Million Mann macht ungeheure Schwierigkeiten. Das gibt uns einen Vorsprung. Ob dieser Vorsprung bei einem Krieg mit Amerika ausreicht, wenn wir nicht England in kurzer Zeit zum Frieden zwingen können, bleibt offen. Mein Optimismus geht jedenfalls nicht so weit, zu bezweifeln, daß Amerika im Kriegsfall beträchtliche Mengen von Truppen herüberschaffen kann, auch wenn wir manchen Transportdampfer versenken. In Saloniki sollen noch 400 000 Mann und mehr stehen. Diese ganze Armee ist antransportiert worden und erhält ihren Nachschub an Ersatz, Munition und Proviant, trotzdem unsere U-Boote ihre Tätigkeit im Mittelmeer ausüben. Die Truppentransportdampfer werden eben auf ihrer Fahrt viel besser gesichert als andere Dampfer.

Ich habe also die Gefahr eines Krieges mit Amerika gewiß nicht gering eingeschätzt. Ich habe damals dem Hauptausschuß des Reichstages die Worte zugerufen, die vorher der Herr Berichterstatter zitiert hat:

Wenn die Karte des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ausgespielt wird und sie nicht, dann sind wir verloren, dann sind wir auf Jahrhunderte hinaus verloren.

Ich habe hinzugefügt:

Wenn die Neutralität in diesem Kriege überhaupt aufhört, dann kann dasjenige, was heute die Entente träumt, Wirklichkeit werden, nämlich der Wirtschaftskrieg nach dem Krieg; dann können wir noch für Jahre der baskottierte Hund sein, dem kein Mensch auf der ganzen Welt noch ein Stück Brot gibt.

Ich habe immer und immer wieder auf diese Gesichtspunkte hingewiesen. Man wurde darüber im Hauptausschuß etwas ungeduldig, und dieser Ungeduld habe ich entgegengehalten:

Wir wollen doch hier klar sehen, wir wollen doch genau wissen, wie die Dinge liegen; und sollte der U-Boot-Krieg gemacht werden, dann darf niemand da sein, der nachher, wenn die Sache etwa schief geht, sagen kann: ja, wenn man dieses oder jenes uns gesagt hätte, wenn diejenigen, die an verantwortlicher Stelle stehen, auf dies und jenes hingewiesen hätten!

— Sie sehen daraus, meine Damen und Herren, daß ich diesen Unterausschuß und gewisse Reden, die wir hier bisher gehört haben, geradezu vorausgesehen habe.

Aber was war damals die Wirkung meiner Ausführungen und derjenigen des Herrn Reichskanzlers, die nach derselben Richtung gingen? Ich lege das Dokument auf den Tisch des Hauses nieder: die Erklärung der Zentrumsfraktion vom 7. Oktober 1916, von der Herr v. Bethmann-Hollweg schon gesprochen hat. Ich muß in diesem Zusammenhange den Wortlaut noch einmal verlesen:

Namens sämtlicher

— fett gedruckt: sämtlicher! —

Fraktionsmitglieder der Zentrumsfraktion des Ausschusses für den Reichshaushalt ist folgende Erklärung abgegeben worden:

Für die politische Entscheidung über die Kriegführung ist dem Reichstage gegenüber der Reichskanzler allein verantwortlich.

— Feststellung eines Prinzips, das, wie Sie sehen werden, durch die folgenden Sätze für diesen Einzelfall aufgehoben wird! Die Erklärung fährt weiter:

Die Entscheidung des Reichskanzlers wird sich dabei wesentlich auf die Entschliebung der Obersten Heeresleitung zu stützen haben.

Fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus,

— also nicht etwa: einerlei, wie die Entscheidung ausfällt; sondern: „fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus“! —

so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein.

Hier liegt die Erklärung! Damit hatte die größte Fraktion des Reichstages, die Fraktion, die in der U-Boot-Frage das Zünglein an der Wage bildete — Zünglein ist ja ein sehr bescheidener Ausdruck gegenüber dieser großen Fraktion —, erklärt, daß sie die Entscheidung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in die Hände der Obersten Heeresleitung lege und den Reichskanzler, falls die Entscheidung zugunsten des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ausfalle, im voraus von seiner politischen Verantwortlichkeit für diese Entscheidung entlastet hatte. Sie hat überdies den Reichstag durch die im voraus erteilte Zustimmung zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg, soweit es an ihm lag, für die weitere Behandlung der U-Boot-Frage im voraus ausgeschaltet. Herr v. Bethmann Hollweg hat sich damals — das kann ich bezeugen — auf den Standpunkt gestellt, daß niemand auf der ganzen Welt — auch nicht die Oberste Heeresleitung, auch nicht eine Erklärung der stärksten Reichstagsfraktion — ihm seine Verantwortlichkeit abnehmen könne: nicht seine politische — das kann der Reichstag selbstverständlich, wenn ihm der Reichstag eine Blankovollmacht gibt —, aber seine Verantwortlichkeit vor Gott, seine Verantwortlichkeit vor seinem Kaiser und dem deutschen Volke. Wenn heute unter denjenigen, die wegen der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und der Folgen dieser Maßnahme gegen die damalige politische Leitung am lauteften Anklage erheben, sich Leute befinden, die damals diese Erklärung mit abgegeben haben, so würde ich im Privatleben das Gebaren dieser Leute als den Gipfelpunkt der Heuchelei bezeichnen. Ich spreche jedenfalls für meine Person denjenigen Leuten, die heute so laut Anklage erheben und sich heute als Richter aufspielen wollen, das Recht dazu auf Grund dieser Erklärung vollkommen ab.

Mein Standpunkt in der Sache des U-Boot-Krieges war vom ersten bis zum letzten Tage, solange um die Entscheidung gerungen wurde, der folgende — ich spreche in Anführungszeichen —:

„Wir sind nur dann in der Lage, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg mit Aussicht auf Erfolg einzuleiten, wenn wir imstande sind, den Schlag gegen England so sicher und schnell zu führen, daß es um Frieden bitten muß, ehe noch die Vereinigten Staaten das große Gewicht ihrer finanziellen und industriellen Kraft und ihrer Bevölkerung werden in die Waagschale werfen können.“

So habe ich die wichtigste Voraussetzung für den U-Boot-Krieg in einem an den Feldmarschall v. Hindenburg bestimmten Gutachten im Herbst 1916 formuliert. Das war für mich der kardinale Punkt in der ganzen Frage, und diesen Standpunkt hat der Herr Reichskanzler geteilt. Dieser Standpunkt war nicht diktiert von Gefühlen, auch nicht von noch so berechtigten Gefühlen. Er war lediglich diktiert von den Realitäten, die über alle Gefühlsregungen hinaus in diesem Kampf auf Leben und Tod kalt und nüchtern in Rechnung gestellt werden mußten.

Unser Standpunkt war auch nicht diktiert von irgendwelchen abwegigen Spekulationen. Wenn zum Beispiel der Herr Großadmiral v. Tirpitz in seinen Erinnerungen meine Stellungnahme zum U-Boot-Krieg in Verbindung bringt mit einer angeblich von mir im Sommer 1916 den deutschen Bundesfürsten unterbreiteten Denkschrift, in der die Orientierung nach England hin empfohlen und gegen eine Verständigung mit Rußland Stimmung gemacht wird, so ist der Großadmiral falsch berichtet. Ich habe jene Denkschrift schon damals sehr energisch abgelehnt. Auch der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg stand dieser Denkschrift vollständig fern; er kannte sie nicht. Sie ist ihm dann — ich habe sie von dritter Seite bekommen — von mir vorgelegt worden. Auch der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hatte mit dieser Denkschrift nicht das mindeste zu tun, und der Inhalt dieser Denkschrift ist ungefähr das Gegenteil von der damals schon von mir vertretenen Ansicht.

Aber auch meine Überzeugung, daß England die Seele der feindlichen Mächtekoalition war, auch mein brennender Wunsch, England an seinen Lebenswurzeln fassen zu können, vermochte mich ebensowenig der sachlichen und nüchternen Prüfung der Aussichten der U-Boots-Waffe zu entheben, wie meine Gefühle gegenüber der uns schwer schädigenden unneutralen Haltung der Vereinigten Staaten.

Ich habe damit eine kurze Darstellung meines grundsätzlichen Standpunktes gegeben und bitte darum, nun die einzelnen Phasen der tatsächlichen Entwicklung, soweit ich dabei mitzuwirken berufen war, kurz schildern zu dürfen.

Der Anfang Februar, zur Zeit meiner Berufung an die Spitze des Reichsschatzamts, eingeleitete Handels-U-Boot-Krieg, auf den auch ich zunächst große Hoffnungen gesetzt hatte, erwies sich als ein Fehlschlag. Ich weiß nicht, wie groß die Zahl der monatlich versenkten Tonnagen war. Sie ist damals, glaube ich, nicht bekannt gegeben worden; ich habe jedenfalls keine Notizen darüber. Aber die Einwirkung auf die britische Einfuhr und Ausfuhr — die Zahlen wurden ja damals noch veröffentlicht — war erstaunlich gering.

Der Lusitania-Fall brachte uns dann die erste scharfe Zuspitzung unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. Die greifbaren Erfolge des

damaligen U-Boot-Krieges schienen mir das Risiko eines Bruches mit Amerika nicht zu rechtfertigen. Als Präsident Wilson Ende Juli eine Wiederholung von Handlungen deutscher U-Boote, die eine Verletzung der Rechte amerikanischer Bürger darstellen, als eine „vorsätzlich unfreundliche Handlung“ bezeichnete — eine sehr deutliche Drohung —, gleichzeitig aber eine Kooperation zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere noch während des Krieges, gegen wen es auch sei, anbot, vertrat ich die Meinung, daß der Versuch gemacht werden müsse, durch Ergreifen und Festhalten der — sei es ehrlich, sei es zum Schein — dargebotenen Hand eine klare Situation zu schaffen. Das schien mir möglich durch eine zeitweise Zurückstellung des U-Boot-Krieges, von dem ich, wie gesagt, erhebliche Resultate nach den bis dahin vorliegenden Ergebnissen ohnedies nicht erwarten konnte.

Ehe es jedoch über diese Frage zu einer Entscheidung kam, wurde nach der „Eusitania“ die „Arabic“ versenkt, und dabei sind abermals amerikanische Staatsangehörige ums Leben gekommen. Tatsächlich war, und zwar zum Teil schon vor der Versenkung der „Arabic“, der U-Boot-Krieg damals erheblich eingeschränkt worden, insofern als Anweisung gegeben wurde, das Passagierschiffe, sogenannte „liners“, nur nach vorangegangener Warnung und Rettung der Nichtkombattanten versenkt werden sollten. Die Voraussetzung für die von Wilson angebotene Kooperation zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere war damit, wenn auf der anderen Seite der gute Wille vorlag, gegeben.

Der Präsident Wilson hat dann auch im November 1915 eine sehr ausführlich und stellenweise sehr scharf gehaltene Note an England richten lassen, eine Note, in der er erklärte, daß die Vereinigten Staaten „ohne Zaudern die Aufgabe der Vorkämpferschaft für die Rechte der Neutralen übernehmen und der Erfüllung dieser Aufgabe ihre ganze Energie zuzuwenden entschlossen seien“. Sie sehen, die Worte klingen sehr stark. Aber die Drohung, die uns gegenüber immer wieder auftauchte, die Drohung, daß man irgendwelche Handlungen unsererseits als „unfreundliche Handlungen“ ansehen werde oder die diplomatischen Beziehungen abbrechen werde, — eine solche Drohung finden Sie auch in dieser sich so stark gebenden Note nicht.

Immerhin, es konnte damals scheinen, als ob die Regierung der Vereinigten Staaten tatsächlich diesen Weg, endlich einmal nicht nur dem Völkerrecht im allgemeinen, sondern auch ihren eigenen Rechten und Interessen gegenüber der Entente Geltung zu verschaffen, betreten wollte. Dafür sprach, daß am 18. Januar 1916 der Staatssekretär Lansing, der Leiter der amerikanischen auswärtigen Politik, an die Vertreter der Ententemächte in Washington jenes neulich hier bereits erwähnte Schreiben richtete, in dem er den Vorschlag machte, die U-Boote sollten sich auf die Formen des Kreuzerkriegs beschränken, dafür aber sollten die Rauffahrtschiffe der kriegsführenden Staaten von jeder Bewaffnung absehen. Lansing fügte damals hinzu, seine Regierung ziehe ernstlich in Betracht, künftighin bewaffnete Handelschiffe als Hilfskreuzer zu behandeln.

Meine Damen und Herren! Dieser Vorschlag war von einer eminenten Wichtigkeit. Die Durchführung dieses Vorschlages hätte unseren U-Boot-Krieg auf eine ganz neue, durchaus annehmbare Grundlage gestellt, auf eine Grundlage, die eine dem Charakter der U-Boot-Waffe angepasste wirksame Kriegsführung gestatter hätte, und auf eine Grundlage, die vor allem weitere Reibungen mit den Vereinigten Staaten nach menschlichem Ermessen ausgeschaltet haben würde. Das ist die gar nicht hoch

genug zu veranschlagende Bedeutung dieses Schreibens von Lansing an die Vertreter der Ententemächte. Aber was hat dieses Schreiben für einen weiteren Fortgang gehabt? Mit einem Male war dieses Schreiben eine private Äußerung des Herrn Lansing. Es ereignete sich etwas ganz Merkwürdiges, etwas, was mir bisher nicht aufgeklärt ist und über das vielleicht die Herren, die damals in Amerika waren, Aufklärung geben können. Als wir selbst ganz im Sinne der Lansing'schen Anregung Anfang Februar der sogenannten verschärften U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe ankündigten, also ganz das taten, was Lansing als gerechtfertigt, als einen Ausweg für die Zukunft bezeichnet hatte, da griff der Präsident Wilson persönlich ein mit einem Brief an den Senator Stone, den Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in dem er sich mit großer Heftigkeit, in der schärfsten Weise gegen unsern verschärften U-Boot-Krieg wandte. Am 25. März legte die amerikanische Regierung ihren neuen Standpunkt in Sachen der bewaffneten Handelsschiffe in einem den Mächten mitgeteilten Memorandum nieder, das im Gegensatz zu dem Standpunkt, den Lansing zwei Monate zuvor eingenommen hatte, zu dem Schluß kam, die Kriegsführenden müßten auf hoher See die Präsumtion gelten lassen, daß ein bewaffnetes Handelsschiff nur zu Verteidigungszwecken bewaffnet sei und infolgedessen den Charakter eines gewöhnlichen Rauffahrteischiffes habe. Nur auf Grund beweiskräftiger Evidenz der Angriffsabsicht — d. h., wenn das Ding schießt — dürfte ein bewaffnetes Handelsschiff als Kriegsschiff behandelt werden!

Damit spielte die amerikanische Regierung das Spiel Englands, ohne daß England auch nur im kleinsten Punkte vorher oder nachher seine völkerrechtswidrige Kriegsführung aufgegeben hätte. Von einem amerikanischen Druck auf England zum Zweck der Wiederherstellung der Freiheit der Meere war nichts mehr zu spüren. Dagegen hat Lansing den „Lusitania“-Fall schon vor dieser Meinungsänderung erneut wieder aufgenommen, und er hat unsern Botschafter — der Fall war ja nie ganz eingeschlafen, er wurde immer in petto gehalten, um im gegebenen Augenblick hervorgeholt zu werden — mit Hartnäckigkeit und Schärfe drangsaliert, daß wir ausdrücklich die „illegality“, die Ungefälligkeit der Versenkung der „Lusitania“ zugeben und uns damit für die weitere Führung des U-Boot-Krieges einen Riegel vorschieben sollten.

Dann erfolgte am 24. März, fast zu demselben Tage, als dieses Promemoria herausging, die Versenkung der „Sussex“ im Kanal. Diese Versenkung hat bekanntlich die Krise, die sich in den vorhergegangenen Wochen vorbereitet hatte, zum vollen Ausbruch gebracht. Am 20. April hat der Botschafter Gerard hier dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Note übergeben, in der die Regierung der Vereinigten Staaten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit nackten Worten androhte, falls die deutsche Regierung nicht unverzüglich ein Aufgeben ihrer Methoden des U-Boot-Krieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte. Der Note wurde besonderer Nachdruck dadurch gegeben, daß der Präsident sie unmittelbar vor ihrer Uebergabe in einer von ihm, soviel ich weiß, persönlich verlesenen Botschaft dem Kongreß zur Kenntnis brachte.

Es war klar: wir standen vor dem Biegen oder Brechen.

Es ist damals vielfach die Meinung vertreten worden, und sie wird ja auch heute noch vielfach vertreten, daß wir es damals auf das Brechen hätten ankommen lassen sollen und können. Auch der

Herr Admiral Koch hat, wenn ich recht verstanden habe, in der letzten oder vorletzten Sitzung dieses Ausschusses sich zu dieser Ansicht bekannt, zu der Ansicht, daß das Frühjahr 1916 der richtige Augenblick zur Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gewesen wäre, natürlich — ich nehme an — auch damals auf die Gefahr des Krieges mit Amerika hin.

Ich bin damals auf Grund einer eingehenden Prüfung der Sachlage zu der gegenteiligen Ansicht gekommen. Die Wiederholung des Fehlers vom Februar 1915, mit einer kaum ausreichenden Anzahl von U-Booten in den U-Boot-Krieg und aller Wahrscheinlichkeit nach in den Krieg mit Amerika hineinzugehen, konnte nach meiner Ansicht nicht verantwortet werden. Wir verfügten Anfangs 1916, wenn die Notiz, die ich mir damals gemacht habe, zutreffend ist, über nur 62 U-Boote, von denen nur ein Teil frontbereit war. Der U-Boot-Bau war, trotz aller Erörterungen, die gestern hier stattgefunden haben, im guten Zuge. Wir hatten Monat für Monat die Ablieferung einer sehr stattlichen Zahl von U-Booten, zeitweise mehr als 10 in einem Monat, zu erwarten, U-Boote, die zudem in ihrer Leistungsfähigkeit dem größten Teil des vorhandenen Bestandes weit überlegen sein sollten. Binnen Jahresfrist sollte auf beträchtlich mehr als eine Verdoppelung gerechnet werden. Immer mit dem Vorbehalt, daß meine Notizen zutreffend sind: binnen Jahresfrist sind wir auch in der Tat von 62 auf 148 U-Boote gekommen, also auf mehr als das Doppelte, und jedenfalls auf erheblich leistungsfähigere U-Boote.

Wenn nun in der vorletzten Sitzung von Herrn Kapitän Bartenbach erwähnt wurde, die Vervollkommenung der Abwehr habe die Zunahme der U-Boote ausgeglichen, so finde ich das auch heute durch die tatsächliche Entwicklung der U-Boot-Leistungen nicht in vollem Umfange bestätigt; und auf die Leistungen kommt es schließlich doch an. Die Leistungen sind die Resultante einerseits aus der Komponente der Zahl und Leistungsfähigkeit unserer U-Boote und andererseits der Komponente der Abwehr. Und diese Leistungen sind seit dem Frühjahr 1916 doch erheblich gestiegen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß im Frühjahr 1916 im verschärften U-Boot-Kriege die Höchstmonatsleistung, soweit mir bekannt ist, nur etwa 225 000 Tonnen war. Im verschärften U-Boot-Kriege! Dagegen ist es uns in den letzten Monaten des Jahres 1916 mit der inzwischen wesentlich stärker und besser gewordenen U-Boot-Flotte gelungen, im Wege des an sich weniger wirksamen bloßen Kreuzerkrieges mehr als 400 000 Tonnen zu versenken.

Also abgesehen davon, daß nach meiner Ansicht im März und April 1916 unsere U-Boot-Flotte nach den früher gemachten Erfahrungen kaum ausreichend war, um das Risiko eines Krieges mit Amerika in Kauf zu nehmen, sprach nach meiner Ansicht gegen den Bruch die Tatsache, daß Englands wirtschaftliche Reserven damals als noch verhältnismäßig stark veranschlagt werden mußten, daß insbesondere Englands Getreidevorräte damals höher waren als in den Vorjahren, und daß die nächstgelegenen Bezugsländer, auf die es vor allem für die Versorgung Englands ankam, die Vereinigten Staaten und Kanada, eine Rekordernte hinter sich hatten, eine Rekordernte, die auch beim Herunterholen zahlreicher Getreideschiffe das Entstehen einer empfindlichen Nahrungsmittelknappheit in England nicht besonders wahrscheinlich machte. Es kam schließlich auch unsere wirtschaftliche Lage hinzu. Wir waren in jener Zeit darauf angewiesen, aus dem damals noch neutralen Rumänien die großen Getreidebestände zur Ergänzung unserer eigenen Ernte hereinzubekommen, und nach

meiner Ansicht konnte — die Zentral-Einlaufs-Genossenschaft war gerade beim Abtransport, der uns in der Tat über den Sommer 1916 hinweggeholfen hat — das Risiko nicht übernommen werden, daß infolge der Kriegserklärung Amerikas auch Rumänien sofort zu unseren Feinden abgeschwenkt wäre. Ob es geschehen wäre, weiß niemand. Mit der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit, mußte, wie die Dinge lagen, gerechnet werden. Es kam schließlich die politische, militärische Lage hinzu, über die Herr v. Bethmann Hollweg neulich schon ausführlich gesprochen hat.

Die Ereignisse des Sommers 1916 haben meines Erachtens denjenigen Recht gegeben, die der Ansicht waren, daß diese Lage durch den Eintritt Amerikas in den Krieg eine geradezu verhängnisvolle Erschwerung hätte erfahren müssen. Ich erinnere an die schweren Kämpfe auf den Schlachtfeldern der Somme, die wir noch im Sommer 1916 zu bestehen hatten; ich erinnere an die schwere Niederlage der Oesterreicher in Wolhynien, an die Brussilow-Offensive, die nahezu unsere ganze Ostfront zum Einsturz brachte, und ich erinnere schließlich an den rumänischen Ueberfall, der gleichfalls eine schwere Krise dieses Krieges bedeutete. Ich bin auch heute noch der Meinung: der Bruch mit Amerika im Jahre 1916 hätte uns geraden Wegs zur Katastrophe geführt. Aber ich gebe zu, hier steht Ansicht gegen Ansicht. Ein Beweis für oder gegen läßt sich nicht erbringen. Ich kann hier nur bezeugen, daß allen an der Entscheidung Beteiligten nur das Wohl des Vaterlandes vor Augen stand, nur die Pflicht, bei dieser Entscheidung dasjenige durchzusetzen, was sie für das Richtige und für das Notwendige in dieser schweren Lage hielten.

Wir haben damals in der Note vom 4. Mai 1916 nachgegeben. Sie können mir glauben, das ist auch denen namenlos schwer geworden, die glaubten, nach bestem Wissen und Gewissen dem Kaiser zu dieser Entscheidung raten zu müssen. In dieser unserer Antwort haben wir zurückgegriffen auf die von Wilson im Juli 1915 ausdrücklich erklärte, bisher aber nicht betätigte Bereitschaft, mit uns zur Herstellung der Freiheit der Meere noch während des Krieges zu kooperieren, und wir haben an die Mitteilung unserer Einschränkung des U-Boot-Krieges auf die Form des Kreuzerkrieges ausdrücklich die Erwartung geknüpft, daß die amerikanische Regierung nunmehr nach unserem vollständigen Nachgeben bei der britischen Regierung die Beobachtung der völkerrechtlichen Normen der Seekriegsführung verlangen und durchsetzen werde. Wir behielten uns die Freiheit der Entschließung für den Fall ausdrücklich vor, daß die Schritte der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewünschten Erfolg führen sollten. Wir haben darauf eine Antwort von Wilson bekommen. Diese Antwort des Präsidenten Wilson auf unser großes Zugeständnis — das Zugeständnis, das wir uns alle schwer vom Herzen gerungen haben —, die Note vom 10. Mai, betonte mit schneidender Schärfe, daß die amerikanische Regierung nicht gesonnen sei, Deutschland zu gestatten, sein Verhalten in Sachen des U-Boot-Krieges irgendwie abwändig zu machen von Dingen, die zwischen England und Amerika schwebten. Mit keinem Wort stellte der Präsident Wilson einen Schritt in Aussicht, um England auf den Boden des Völkerrechts zurückzuführen. Mit keinem Wort stellte er einen Schritt in Aussicht, um dem entsetzlichen und mörderischen Verfahren der Engländer, dem entsetzlichen und mörderischsten Verbrechen dieses blutigen Krieges, der britischen Hungerblockade, ein Ende zu machen. Er hat tatsächlich, soweit mir bekannt ist, auch keinen Schritt nach dieser Richtung nach unserer Note vom 4. Mai 1916 unternommen. Er hat im Gegenteil es ruhig mitangesehen, daß Eng-

land und Frankreich am 7. Juli 1916 sich von der Londoner Seekriegsdeklaration, die der Präsident selbst bei Beginn des Krieges als maßgebend für die Seekriegsführung vorgeschlagen hatte, vollständig los sagten. Sie war bisher schon durchlöchert wie ein Sieb, aber nunmehr waren England und Frankreich Amerikas so sicher, daß sie in einer öffentlichen und offiziellen Erklärung den letzten Rest der Londoner Seerechtsdeklaration einfach über Bord werfen konnten. Das war die Zeit, in der Oberst House dem Grafen Bernstorff sagte, Wilson sei durch die großen Handelsinteressen an der Entente in seiner Handlungsfreiheit gebunden.

Die U-Boots-Frage trat nun abermals für uns in ein akutes Stadium im August 1916 infolge des erneuten Antrags des Admirals, der dem Reichskanzler mitteilte, daß er nach genauer Prüfung aller Verhältnisse jetzt den Zeitpunkt für Eröffnung des u n e i n g e s c h r ä n k t e n U-Boot-Krieges für gekommen erachte. Die Beratungen über diesen Antrag fanden am 31. August in P l e ß statt unter Teilnahme der gerade an die Spitze der Obersten Heeresleitung berufenen Herren, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals L u d e n d o r f f. Rumänien hatte wenige Tage zuvor den Krieg an Oesterreich-Ungarn erklärt und war in Sieberbürgen eingebrochen. Wir befanden uns in einer der schwersten Krisen des ganzen Krieges. Das Protokoll über die Beratung ist in den Händen des Ausschusses. Ich habe ihm nichts hinzuzufügen. Die Beratung schloß mit der Feststellung des Reichskanzlers, er werde dem Reichstag bei der nächsten Gelegenheit mitteilen, daß man im Hinblick auf die gegenwärtige Kriegslage dazu gekommen sei, die Entscheidung zu vertagen, nachdem der Feldmarschall v. Hindenburg erklärt habe, daß er zunächst die Entwicklung des rumänischen Feldzuges abwarten müsse, bevor zu der Frage des U-Boot-Krieges Stellung genommen werden könne.

Von diesem Zeitpunkt an spielt die Frage eines F r i e d e n s s c h r i t t e s in die Angelegenheit des U-Boot-Krieges und unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten von Amerika mit hinein, und, meine Herren, da möchte ich etwas betonen, was, wie mir scheint, bisher der Aufmerksamkeit des hohen Ausschusses entgangen ist, etwas, was auch der Herr Berichterstatter in seinem einleitenden Referate nicht erwähnt hat. Der erste Anstoß in der Friedensfrage kam von Amerika, nicht von uns. Daß dem Ausschuss vorliegende Aktienmaterial ergibt, daß schon am 11. April 1916 Graf Bernstorff telegraphierte, daß nach den Mitteilungen des Obersten House Wilson nach der Erledigung des Sussex-Falles in wenigen Monaten — ich unterstreiche diese Worte „in wenigen Monaten“ — Frieden stiften möchte. Die Initiative und der erste Anstoß lag also bei Herrn Wilson.

Auf dieses Telegramm hat Graf Bernstorff von Herrn v. Zagor eine ermutigende Antwort bekommen. Herr v. Bethmann hat bereits erwähnt, daß er bei Erledigung des Sussex-Falles im Mai gegenüber Herrn Gerard Andeutungen im gleichen Sinne gemacht habe. Aus den Akten ergibt sich, daß auch Herr Gerard darüber nach Amerika berichtet hat. Die Dinge zogen sich hin. Am 22. Juni telegraphierte Graf Bernstorff, eine Friedensvermittlung Wilsons sei im Laufe des Sommers bestimmt zu erwarten — im Laufe des Sommers! —, schon aus Wahrscheinlichkeiten. Damals war also die Wahl noch kein Hindernis, sondern ein Ansporn. In einem Berichte vom 16. August spricht Graf Bernstorff von einigen Wochen, in denen ein Friedensschritt Wilsons zu erwarten sei. Aber die Wochen und Monate vergingen, die Wochen und Monate des Ringens auf den

Schlachtfeldern der Somme, Wochen und Monate, die uns Ströme des besten deutschen Blutes kosteten — und Präsident Wilson tat nichts. Weder unternahm er Schritte gegen die völkerrechtswidrige Hungerblockade, noch für die Herbeiführung von Friedensverhandlungen.

Unsere Lage spitzte sich zu. Ende August kam der rumänische Ueberfall; mit den neuen Herren der Obersten Heeresleitung fanden die Besprechungen in Pless, die ich schon erwähnt habe, statt, die Besprechungen über unsere gesamte militärische und politische Lage. Ich habe den Eindruck damals mitgenommen, und ich glaube, dieser Eindruck bestand wohl auch bei allen, daß wir alles tun müßten, um in naher Zeit zum Frieden zu kommen, daß wir, wenn das nicht gelang, gezwungen wären, unsere äußerste Kraft und jedes verfügbare Mittel, auch das gewagteste, in den Endkampf um unser Dasein einzusetzen. Hinter den Beratungen von Pless und den Friedensgesprächen, die damals zwischen Herrn v. Bethmann, Herrn v. Jagow und mir geführt wurden, stand bereits das Hilfsdienstgesetz, das heißt das letzte Aufgebot unserer Kraft im Inlande, und stand der verschärfte U-Boot-Krieg für den Fall, daß nicht Friedensverhandlungen, die eine Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus verhinderten, zustande kommen sollten.

Aus dieser Lage heraus ist dann die Anfrage, die Herr v. Bethmann Hollweg an den Grafen Bernstorff am 1. September gerichtet hat, entstanden, in der Herr v. Bethmann sich erkundigte, was die persönliche Meinung des Grafen Bernstorff über eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson sei. In diesem Telegramm ist schon gesagt, daß im anderen Falle der rücksichtslose U-Boot-Krieg ernst erwogen werden müsse.

Von Anfang September an war also unser Botschafter in Amerika, Graf Bernstorff, darüber im Bilde, daß, wenn die Friedensvermittlung nicht komme, nicht bald komme, der rücksichtslose U-Boot-Krieg unvermeidlich würde.

Graf Bernstorff antwortete, die Friedensaktion Wilsons — von der seit April die Rede war, von der es damals hieß, sie kommt bald, sie kommt in einigen Wochen, sie kommt in einigen Monaten — sei wegen des Eingreifens Rumäniens ausgedoben worden. Vor den Wahlen könnte Wilson nichts mehr unternehmen. Meine Herren, zu den Wahlen war noch ein langer Weg. September und Oktober und die erste Novemberwoche, neun bis zehn schwere Wochen, für die es bei uns um Kopf und Kragen ging. Das Warten war für uns keine Kleinigkeit in einer solchen Lage. Graf Bernstorff sagte in dem Telegramm weiter, es wäre seine persönliche Ansicht, im Falle seiner Wiedervahl werde der Präsident sofort seine Vermittlung eintreten lassen. Dieses „Sofort“ hat Graf Bernstorff in einem zweiten Telegramm dahin eingeschränkt, er halte Wilsons Friedensvermittlung noch vor Jahresluß — nicht etwa für sicher, sondern „für sehr aussichtsvoll“. Der Kanzler drängte am 26. September aufs neue, die Wilsonsche Aktion müsse bald erfolgen, andernfalls werde die augenblicklich günstige Konjunktur für den Friedensschritt verpaßt und der rücksichtslose U-Boot-Krieg unabwendbar werden. Meine Herren, bei der mangelhaften Nachrichtenvermittlung mit Amerika und der seltenen Gelegenheit der Nachrichtenübermittlung mußte jedes Wort, das telegraphiert wurde, beachtet werden, und wenn der Reichskanzler telegraphierte, die Friedensvermittlung muß bald erfolgen, andernfalls wird die für den Friedensschritt günstige Konjunktur verpaßt und wird der rüd-

sichtslose U-Boot-Krieg notwendig, — ich meine abermals, unsere Vertretung in Amerika mußte im Bilde sein.

Graf Bernstorff antwortete erneut, daß Wilson erst nach seiner Wiederwahl marschieren wollte, und er fügte hinzu, der Ausgang des Wahlkampfes sei „ganz unsicher“. In einem weiteren Telegramm vom 14. Oktober bezeichnet er den Ausgang der Wahl als „noch immer zweifelhaft“.

In dieser Zeit ließ der Präsident Wilson in einer der, soweit ich sehen kann und aus der Befundung des Grafen Bernstorff entnommen habe, ganz seltenen direkten Unterhaltungen, die er mit dem Grafen Bernstorff gehabt hat, durchblicken, daß ihm eine ausdrückliche deutsche Anregung oder Aufforderung, die Friedensvermittlung zu übernehmen, willkommen wäre. Das steht im Telegramm vom 14. Oktober. Damals hat sich also Wilson vor einer deutschen Initiative und Anregung nicht gescheut. Ich erwähne das ausdrücklich, weil später das aller ego des Präsidenten Wilson, der Oberst House, dem Grafen Bernstorff gegenüber in dem deutschen Friedensschritt eine Beeinträchtigung der Wilsonschen Friedensbemühungen gesehen hat, weil sie Wilson in den Verdacht gebracht hätte, probeutsch zu sein. Graf Bernstorff hat schon von sich aus an Wilson in dieser Unterhaltung geantwortet, daß seines Erachtens keine Aussicht auf eine solche ausdrückliche Anrufung der Wilsonschen Vermittlung durch eine kriegsführende Macht bestehen, und hat dafür in einem Telegramm des Kanzlers vom 14. Oktober die ausdrückliche Bestätigung erhalten. Der Kanzler hat damals telegraphiert: Lediglich ein spontaner Friedensappell Wilsons komme in Betracht, und lediglich zu einem solchen spontanen Appell solle Wilson ermutigt werden. Auch diese Nuance muß man, glaube ich, berücksichtigen, wenn man über die Frage urteilen will, ob und wie weit die deutsche Politik durch die Ermunterung des Präsidenten Wilson zu einem Friedensappell sich in ihrer eigenen Bewegungsfreiheit in bezug auf den Frieden gebunden habe.

Der 6. November hat dann die Wiederwahl Wilsons zum Präsidenten gebracht. Aus Amerika keine Nachricht über Wilsons Aktion! Nur der Botschaftsrat Herr v. Saniel berichtet am 20. November an den Gesandten v. Treutler — das steht auch in Ihren Akten —: „Was Wilson allerdings jetzt“ — also nach seiner Wahl — „in der internationalen Politik tun wird, bleibt abzuwarten.“ Am 16. November, als immer noch keine Nachricht über Wilsons Absichten vorlag, soweit ich wenigstens sehe, drabte Herr v. S a g o w an den Grafen Bernstorff:

Läßt sich übersehen, ob Präsident in Friedensvermittlung Schritte unternehmen will, eventuell welche und wann? Frage wichtig zur Beurteilung etwaiger anderweitiger Schritte in gleichem Sinne.

Dieser ausdrückliche Hinweis, daß wir eventuell in der Friedensfrage eigene Wege gehen würden, lag fast vier Wochen vor unserem Friedensschritte. Es vergeht eine Woche, vom Grafen Bernstorff keine Antwort! Am 22. November wird ihm zu seiner persönlichen Information mitgeteilt:

Sofern günstige militärische Lage es uns gestattet, beabsichtigen wir, mit unseren Verbündeten demnächst Bereitwilligkeit unsererseits anzukündigen, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Nun telegraphierte Graf Bernstorff am 25. November: Wilson habe ihn durch den Oberst House spontan wissen lassen, daß er möglichst bald in Friedensvermittlung Schritte tun wolle, „v e r m u t l i c h“ zwischen jetzt und Neujahr. Ich unterstreiche das „vermutlich“. Aber in demselben Telegramm ist schon von den belgischen Deportationen als von einem

neuen Hindernis die Rede, und in demselben Telegramm wird weiter gesagt:

Wilson zögert noch, weil Staatsdepartement eine Ablehnung seitens unserer Feinde erwartet.

Am Tage darauf, am 26. November, schickte der Staatssekretär Zimmermann das hier vielbesprochene Telegramm, in dem er mitteilte, daß wir die Friedensaktion Wilsons unserer eigenen Aktion an sich vorziehen würden; er fügte aber hinzu: Hierfür sei es jedoch unbedingt erwünscht, daß Wilson sich zu baldigem Handeln entschliesse. Ein Hinziehen bis Neujahr hat Zimmermann mit ausführlicher Begründung als untunlich bezeichnet.

Das war am 16. November. Am 7. Dezember berichtete Graf Bernstorff: Für die Friedensaktion sei alles vorbereitet, doch bleibe es bei dem unbefändigen Herrn Wilson noch immer zweifelhaft, wann er damit herauskommen werde.

Seit dem 11. April, also seit nahezu acht Monaten, war die Reichsleitung in Washington immer und immer wieder vertröstet worden. Auch Anfang Dezember bestand noch keinerlei Sicherheit, ob und wann Herr Wilson vorgehen werde. Graf Bernstorff hat noch in einem Berichte vom 14. Januar, also als die Dinge bereits über den Jahreswechsel hinausgerollt waren, sich dahin ausgesprochen, Wilsons Friedensnote wäre wohl auch ohne unser Vorgehen zu Weihnachten abgeschickt worden, „obgleich dies bei dem zaudernden Naturell des Herrn Wilson, der alle Fragen gern dilatorisch behandelt, nicht so unbedingt sicher ist“. Also am 14. Januar 1917 hat Graf Bernstorff immer noch Zweifel daran gehabt, ob Wilson ohne unseren Friedensvorschlag zu Weihnachten und vor Neujahr herausgekommen wäre. Einer der Sachverständigen, Herr Professor Bonn, hat in seinem Buche „Amerika als Feind“ gesagt:

Das deutsche Friedensangebot hatte nicht nur den Präsidenten zu schnellem Handeln gezwungen —
usw., zu schnellem Handeln nach acht Monaten! Also auch Professor Bonn, der hier schreibt, daß unser Friedensangebot den Präsidenten zu „schnellem Handeln“ gezwungen habe, scheint bei der Abfassung seines Buches der Ansicht gewesen zu sein, daß vor unserem Friedensappell und ohne unseren Friedensappell das, was er ein schnelles Handeln nennt, von Herrn Wilson nicht so unbedingt sicher zu erwarten gewesen wäre.

Der Eindruck, daß Herr Wilson in der Tat noch Anfang Dezember gänzlich unentschlossen war, wird bestätigt durch das, was Herr Gerard — nun kommt die amerikanische Seite — in seinem Buche berichtet, das, wie ich annehme, den Mitgliedern der hohen Kommission bekannt ist; es ist sehr wichtig für die Beurteilung dieser Frage. Es ist allerdings in manchen Punkten cum grano salis zu nehmen in Dingen, die ich selbst kontrollieren kann. Herr Gerard, der nach Amerika gereist war in der ausdrücklichen Absicht, die Sache des Friedens weiterzubringen, ist am 4. Dezember von New York wieder nach Europa zurückgereist. In seinem Buche — es steht auf Seite 153 — berichtet er, daß er den Präsidenten vor seiner Abreise gesprochen habe, was sich bei der Wichtigkeit der Sache eigentlich von selbst versteht. Er habe den Eindruck gehabt, fügt er hinzu, daß der Präsident vor allen Dingen wünsche, Frieden zu haben und Frieden zu machen. Den „Eindruck“ hat er also gehabt.

Aber

— fügt er hinzu —

die Frage des Friedensmachens war eine sehr heikle Sache. Ein

direktes Anerbieten von unserer Seite hätte uns der gleichen Behandlung aussetzen können, die wir England während des Bürgerkrieges haben angedeihen lassen, als England uns Eröffnungen wegen des Friedens machte und die Vereinigten Staaten eine Antwort gaben, die praktisch besagte, daß die britische Regierung sich um ihre eigenen Geschäfte kümmern möge, daß sie keine Einmischung dulde und weitere Eröffnungen als unfreundliche Handlungen ansehen würde.

Die Deutschen

-- so fügt Herr Gerard weiter hinzu --

haben diesen Krieg begonnen, ohne die Vereinigten Staaten zu fragen, und schienen jetzt zu denken, daß sie ein Recht hätten, von den Vereinigten Staaten zu verlangen, daß diese für sie Frieden machten zu solchen Bedingungen und zu solcher Zeit, wie es den Deutschen gerade paßt. Andernfalls hätten sie ein begründetes Recht, alles Völkerrecht zu brechen und Bürger der Vereinigten Staaten auf hoher See zu morden. Nichtsdestoweniger

-- so schließt Gerard --

glaube ich, daß die Neigung des Präsidenten Wilson in der Richtung auf Erreichung des Friedens sehr weit zu gehen scheint.

Wer diese Stellen aus dem Buche des Herrn Gerard liest, bei dem steht eines fest: Als Wilson Herrn Gerard in Abschiedsaudienz empfing — kurz vor dem 4. Dezember —, hat er ihm nicht einmal einen kleinen Fingerzeig dafür gegeben, ob und wann er nun mit irgendeiner Aktion vorgehen werde; und das ist auch der Eindruck, den ich dann auch nach der Rückkehr des Herrn Gerard aus persönlicher Unterhaltung mit ihm sehr deutlich empfangen habe.

Ich wiederhole: seit acht Monaten hatten Wilson und sein Vertrauensmann, der Oberst House, über die Friedensaktion hin- und her geredet, und immer noch fehlte jede präzise Zusage, jede präzise Meinungsäußerung des Präsidenten, daß er eine Friedensaktion unternehmen wolle und wann er eine Friedensaktion unternehmen wolle. Konnte die politische Reichsleitung die Verantwortung noch länger auf diesen ewig jaudernden, ewig vertröstenden, niemals auch nur mit dem kleinsten Worte sich bindenden Mann warten, wenn ihr aus der Gesamtlage heraus ein ernstster Friedensversuch dringend geboten erschien?

Sie kennen die Entstehung des Verhandlungsvorschlages der Centralmächte. Die erste Anregung zu dem Vorschlage hat Baron Burian in der Unterredung mit Herrn v. Bethmann Hollweg am 17. Oktober gegeben. Wenn der rumänische Feldzug zu einem gewissen Abschluß gekommen sein werde, müsse man den Versuch machen, ohne Preisgabe wesentlicher Lebensinteressen ein Ende des Krieges herbeizuführen. Das war der Kern der Burianschen Meinungsäußerung.

Ganz unabhängig vom Baron Burian und ohne Kenntnis seiner Anregung kam ich in einer Besprechung mit Herrn v. Bethmann Hollweg am 25. Oktober über eine Rede, die Sir Edward Grey zwei Tage vorher in London gehalten hatte, zu dem gleichen Vorschlag. Der Vorschlag lag in der Luft. Es waren die Tage der Einnahme von Konstanza und Cernavoda. Der rumänische Feldzug näherte sich seinem Ende. Die Lage war für uns wieder hergestellt. Die Aussicht, uns in absehbarer Zeit und ohne weitere entsetzliche Menschenopfer niederzukämpfen, war für unsere Feinde zerronnen. Das ganze ungeheure Ereignis des Krieges drängte auf einen Haltepunkt zu. Jedes menschliche Herz in der ganzen Welt mußte fühlen: entweder bringt Weltfried-

ten dem leidenden und blutenden Europa die Verheißung: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ —, oder aber die entsetzliche Steigerung des Völkerringens zum Verzweiflungskampfe, in dem alle Mittel gelten, ja noch mehr als das: die Gefahr des Unterganges der ganzen mehrtausendjährigen europäischen Kultur. So standen doch die Dinge.

Noch am Nachmittag des 25. Oktober besprach der Kanzler den Friedensschritt mit dem Kaiser und reiste mit dessen Zustimmung am Abend desselben Tages nach dem Großen Hauptquartier. Auch der Feldmarschall v. Hindenburg stimmte zu, daß versucht werden müsse, jetzt zum Frieden zu kommen.

Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und unseren anderen Bundesgenossen wurden aufgenommen. Sie waren nicht ganz leicht und haben eine gewisse Zeit beansprucht, aber sie wurden mit allem Nachdruck betrieben. Am 31. Oktober, nachdem der Kanzler dem Kaiser über den Gang der Dinge Bericht erstattet hatte, schrieb der Kaiser an den Kanzler einen Brief — jenen Brief, der nach meiner Ansicht doch auch in die Akten dieses Untersuchungsausschusses hineingeht, und den ich mir deshalb mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden gestatten werde zu verlesen. Der Kaiser schrieb damals an den Kanzler:

Der Vorschlag, Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf allen lastenden Drud zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt, und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die eventuellen absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu. Ich will es auf Gott wagen!

Ich habe die Karte, auf die der Kaiser mit Bleistift diese Worte an den Kanzler geschrieben hat, damals mit eigenen Augen gesehen. Sie hat auf mich den tiefsten Eindruck gemacht. Ich frage: gibt es hier jemanden, der an der Ehrlichkeit der Absicht, Frieden zu machen, der an dem tiefen sittlichen Ernst, der an dem christlichen und menschlichen Verantwortungsgefühl, das den deutschen Friedensschritt eingegeben hat, den leisesten Zweifel hegen kann? Darf es jemanden geben, der es in Kenntnis der wirklichen Vorgänge wagen will, Zweifel an dem Ernst, an diesem Verantwortungsgefühl in unser eigenes Volk und in die Welt hinauszutragen, in die Welt, die im Krieg unser Feind war, und die es — Gott sei es gellagt! — auch heute noch ist. Ich bekenne mich auch heute noch zu der Meinung: es wird für alle Zeiten ein Ruhmesritzel des deutschen Rathens sein, daß von Deutschland und seinen Verbündeten, in jenem Zeitpunkt, der einen Frieden unter Gleichen gestattete, die Frage des Friedens vor der Welt aufgeworfen worden ist. Mögen Sie, meine Damen und Herren vom Ausschuß, an der taktischen Zweckmäßigkeit des Vorschlages Ausstellungen machen, mögen Sie bezweifeln, ob es nicht trotz des sieben- bis achtmonatigen Zögerns des Präsidenten richtig gewesen wäre, Herrn Wilson — um Herrn Wilson nicht zu „verstimmen“ — die Vorhand zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß abermals Monate und Monate mit Strömen von Blut dahingingen. Schließlich handelte es sich doch hier nicht um taktische Feinheiten, nicht um Fragen der Etikette, wer den Vortritt hat, und nicht um die Tischordnung bei einem Honoratiorendiener, es handelte sich um die Menschheitsfrage des Friedens nach mehr als 2-jährigem Kriege, um die Frage, ob dieser Krieg ins Ungemeßene fortgesetzt und gesteigert werden solle, oder ob die

menschliche Vernunft stark genug sei, das zu verhindern. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Daß bei uns ein ehrlicher Wille war, der ehrliche Wille zum Frieden, wer will das bestreiten? Es hätte zum Frieden kommen müssen — müssen, unter allen Umständen zum Frieden kommen müssen, wenn ein Funke dieses ehrlichen Willens auf der Seite unserer Feinde vorhanden gewesen wäre. Ich sage weiter, es hätte zum Frieden kommen müssen, wenn auch auf der Seite der mächtigsten neutralen Macht, der Vereinigten Staaten von Amerika, und ihrer leitenden Männer der Wille zum Frieden in derselben ehrlichen, überzeugten Weise vorhanden gewesen wäre wie auf unserer Seite.

Ich gehe nicht weiter auf Einzelheiten ein, die bereits dargestellt worden sind, sondern stelle nur die wichtigsten Punkte der weiteren Entwicklung fest.

Am 12. Dezember kamen wir mit unserem Friedensangebot heraus. Es war ein vernünftiger, sachlicher Vorschlag zum Verhandeln zwischen den Kriegführenden auf einer Grundlage, die Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit unseres Volkes und der Völker unserer Verbündeten gewährleisten sollte. Ich kann bezeugen, daß den Männern, von denen dieser Schritt ausging, die Absicht der Durchkreuzung einer etwaigen Wilsonschen Friedensaktion fernlag. Ich kann es um so eher bezeugen, als ich persönlich von Anfang an einer Wilsonschen Friedensaktion skeptisch gegenübergestanden habe, als ich von Anfang an von einer Wilsonschen Friedensaktion wenig gehalten habe. Ich habe damals, als der Kanzler am 31. August 1916 in Pless in Gegenwart des Herrn v. Jagow von einem Appell an den Präsidenten Wilson in Sachen des Friedens sprach, meine Einwendungen geltend gemacht. Ich konnte nach allen Erfahrungen, die wir bisher mit Wilson und mit Amerika gemacht hatten, kein Glück darin sehen, den amerikanischen Präsidenten in die Friedensangelegenheit hineinzuziehen. Ich habe damals zur Erwägung gestellt, lieber die Verständigung mit Rußland auf Kosten Polens und nötigenfalls auch des von den Russen besetzten Ostgaliziens zu suchen.

Ich war weiterhin im einzelnen, in allen Details über den Telegrammwechsel mit dem Grafen Bernstorff natürlich nicht unterrichtet; aber das kann ich sagen, daß ich aus allen meinen Unterhaltungen mit Herrn v. Bethmann Hollweg, mit dem ich doch damals in ständiger Verbindung stand, den Eindruck gewonnen habe, daß auch Herr v. Bethmann Hollweg in der Weise, wie er es hier geschildert hat, allmählich an die ernsthafte Absicht Wilsons, etwas für den Frieden zu tun, nicht mehr recht glauben wollte. Können Sie sich nach der Darstellung, die ich Ihnen gegeben habe, darüber wundern? Kann sich auch der Geduldigste darüber wundern nach allen diesen Verzögerungen, denen doch diese Friedenssache seit dem April 1916 ausgesetzt war?

Auf unser Friedensangebot wurde dann am 21. Dezember die Friedensnote des Präsidenten Wilson überreicht. Niemand kann wissen, und auch Herr Professor Bonn scheint es nicht für ausgemacht zu halten, daß sie überreicht worden wäre, wenn unser Friedensangebot nicht vorangegangen wäre. In der Sache kam das Friedensangebot Wilsons auf das gleiche Ziel hinaus wie der Vorschlag der Mittelmächte, nämlich auf einen gegenseitigen Austausch der Friedensbedingungen. Nur hatten wir für dieses Ziel einen bestimmten Weg vorgeschlagen, nämlich den alsbaldigen Eintritt der Kriegführenden in Friedensverhandlungen. Herr Wilson dagegen hatte in seiner Note den Weg ausdrücklich offen gelassen. Er hat in seiner Note

ausdrücklich gesagt, daß er einen bestimmten Weg, um zu diesem Ziele zu gelangen, nicht vorschlagen, sondern diesen Weg den Kriegführenden überlassen wolle. Unter der Hand allerdings hat er durch den Obersten House beim Grafen Bernstorff die Idee propagiert, daß er in dieser Friedensangelegenheit — ich gebrauche denselben Ausdruck, den der Oberst House gebraucht hat — als „Clearing House“ benutzt werden solle. Für diese Funktion als Clearing House hat sich der Präsident Wilson unter der Hand empfehlen lassen.

Nun ist für den weiteren Gang der Dinge die Tatsache wichtig, daß, schon ehe Wilson seine Friedensnote der Öffentlichkeit übergab, die feindlichen Staatsmänner in Parlamentsreden Stellung zu unseren Friedensvorschlägen genommen haben. Am eiligsten hatten es die Franzosen. Unser Friedensangebot wurde am 12. bekanntgegeben und schon am 13. Dezember erklärte der Ministerpräsident Briand unseren Vorschlag für ein Manöver, das bestimmt sei, unter den Verbündeten Zwietracht zu säen. Er hat es wirklich sehr eilig gehabt, Herr Briand! Die folgenden Tage brachten Erklärungen der Russen, der Italiener und Englands, alle scharf ablehnend. Am ehesten konnte man noch in der Erklärung des Herrn Sonnino — vielleicht und bei sehr, sehr gutem Willen — eine versteckte Hintertür zum Frieden finden.

Am 30. Dezember brachte dann die gemeinsame Antwortnote der Entente auf unseren Friedensvorschlag, die offizielle Antwort. Sie lehnte die Annahme des „Angebots ohne Aufrichtigkeit und Bedeutung“ mit schneidender Schärfe ab. Der Inhalt dieser Antwort, erlassen in voller Kenntnis der Wilsonschen Friedensnote, ließ bereits erwarten, daß auch der Vorschlag Wilsons von der Entente eine glatte Ablehnung erfahren würde. Vom 21. bis 30. Dezember hatte die Entente Zeit, in Kenntnis der Wilsonschen Note ihre Antwort zu formulieren, und wenn die geringste Absicht bestand, auf die Wilson-Note keine ganz ablehnende Antwort zu geben, so durfte die Friedensstür nicht so ins Schloß geworfen werden, wie es durch die Antwort vom 30. Dezember an uns geschah.

Die Wilson-Note ist bekanntlich abgelehnt worden in der gemeinsamen Note der Ententemächte, die Briand am 10. Januar 1917 in Paris dem amerikanischen Botschafter übergeben hat. Diese Note warf in den schärfsten Worten alle Verantwortlichkeit für den Krieg und für alle Ausschreitungen der Kriegführung auf die Mittelmächte. Diese Note stellte Kriegsziele auf, die nichts weiter waren und bedeuteten, als die Verstümmelung und Erniedrigung Deutschlands, die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Zertrümmerung der Türkei, kurz ein Programm, das dem Frieden von Versailles so ähnlich steht wie ein Ei dem andern. Die Ententemächte verwahrten sich — und das ist auch noch ein wichtiger Punkt — in ihrer Note mit höflichen Worten — denn es ging hier gegen Wilson und nicht gegen uns —, aber doch mit hinreichend deutlichen Worten gegen jede Gleichstellung mit den Zentralmächten. Diese Verwahrung gegen die Gleichstellung mit den Zentralmächten richtete sich gegen Wilson. Die Verwahrung war eine kategorische Zurückweisung jeder Vermittlung und aller guten Dienste, die ein Dritter zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen beiden kriegführenden Gruppen überhaupt erweisen konnte. Eine solche Vermittlung und solche gute Dienste sind überhaupt nur zwischen Gleichstehenden möglich.

Als ich damals diese Note las, sagte ich mir: dem Präsidenten Wilson ist in seinem Leben ein solcher Affront noch nicht vorgekommen; ich bin gespannt, was Präsident Wilson auf diesen Affront — deutlich lesbar für jeden, der diplomatische Schriftstücke zu lesen versteht — antworten wird. Sie kennen ja die Antwort. Ich werde nachher darauf zurückkommen, muß aber hier eine Bemerkung dazwischenschalten.

Gegenüber dem scharfen Abschneiden einer jeden Friedensaktion, das durch keinen noch so wohlmeinenden Versuch von dritter Seite, die Dinge in milderem Licht erscheinen zu lassen, aus der Welt geschafft werden konnte — die Tatsachen waren zu brutal —, gegenüber diesem scharfen Abschneiden treten die in früheren Sitzungen des Ausschusses erwähnten eingehenden Unterhaltungen an Bedeutung zurück, in denen Oberst House den Herrn Grafen Bernstorff und durch ihn die deutsche Regierung für die Wilsonsche Idee des „Clearinghouse“ zu gewinnen suchte. Die ganzen Bemühungen des Obersten House in jener Zeit gingen, soweit ich aus den Aktenstücken ersehen habe, darauf hin, die deutsche Regierung für die Idee des „Clearinghouse“ zu gewinnen. Die deutsche Regierung blieb auf der mit der deutschen Heeresleitung und den Bundesgenossen vereinbarten Linie des unmittelbaren Gedankenaustausches zwischen den Kriegführenden, das heißt dem Gedankenaustausch ohne Clearinghouse, als einem geeigneten Weg, zum Frieden zu gelangen, stehen und brachte das in der Antwort auf die Wilson-Note am 26. Dezember zum Ausdruck; sie fügte noch den Vorschlag hinzu, es möchten Delegierte der Kriegführenden alsbald an einem neutralen Orte zusammentreten. Das war ein präziserer Vorschlag als unser Angebot vom 12. Dezember, worin nur im allgemeinen vom Eintritt in Friedensverhandlungen gesprochen worden war. Jetzt schlugen wir vor, daß alsbald Delegierte aller Kriegführenden an einem neutralen Ort zu einer Aussprache über die Friedensmöglichkeiten zusammentreten möchten, um zu erwägen, wie Wilson angeregt hatte, ob ein Ausgleich der Friedensziele möglich sei.

Die deutsche Regierung hat an ihrem Standpunkt auch weiterhin festgehalten. Ich verweise auf das Telegramm des Grafen Bernstorff vom 29. Dezember, das in Berlin am 3. Januar 1917 einiging und von Herrn Staatssekretär Zimmermann am 7. Januar beantwortet ist. Immerhin enthielt die Antwort des Herrn Staatssekretär Zimmermann vom 7. Januar die Erklärung, daß unsere Kriegsziele im Gegensatz zu den Kriegszielen der Entente überaus mäßig seien und daß wir Belgien nicht annektieren wollten, eine Erklärung, die nach einer Mitteilung des Obersten House an den Grafen Bernstorff vom Präsidenten Wilson als „höchst wertvoll“ betrachtet wurde.

Bisher, meine Damen und Herren, solange wir auf unserem Programm feststanden: unmittelbare Aussprache zwischen den Kriegführenden über die eigentliche Frage des Friedensschlusses, dann eine Konferenz unter Zuziehung der Neutralen über die allgemeinen völkerrechtlichen Fragen, die bei dem Friedensschluß geregelt werden sollten, wie Abrüstung, Schiedsgerichte, Völkerbund, — solange hatte die Frage, welche Stellung Präsident Wilson zu den Kriegszielen der einzelnen kriegführenden Gruppen materiell einnehmen werde, keine Rolle gespielt, jedenfalls keine Rolle in dem Depeschenwechsel zwischen Berlin und Washington auch wohl keine Rolle in den Verhandlungen des Grafen Bernstorff und dem Vertrauensmanne des Präsidenten. Das wurde natürlich anders, sobald die Idee des „Clearinghouse“ in Sicht trat. Wie sich derjenige, der die beiderseitigen Bedingungen entgegennimmt, materiell zu

der Frage der Friedensbedingungen stellt, ist natürlich eine ganz andere Frage als die, wie derjenige sich zu den Friedensbedingungen stellt, der die beiden Parteien lediglich zusammenführt und sagt: nun bleibt allein und sprecht euch erst einmal untereinander aus.

Bisher war man also auf unserer Seite der Meinung gewesen, daß es möglich sein werde, die Mitwirkung des Präsidenten Wilson bei den eigentlichen Friedensverhandlungen darauf zu beschränken, daß es seinen guten Diensten gelingen werde, die beiden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Wenn jetzt Wilson im Anschluß an seine Friedensnote vom 21. Dezember, die anscheinend alle Wege offen ließ, die Aufgaben des „Clearinghouse“ in Anspruch nahm und insistierte, daß ihm von beiden Seiten die Friedensziele mitgeteilt werden möchten, so war das ein wichtiger Schritt über den bisher vereinbarten Rahmen hinaus. Es war von da an nur noch ein einziger Schritt bis zu dem Schiedsrichter unter den kriegsführenden Parteien.

Die Ententemächte hatten nun in ihrer Kollektivnote vom 10. Januar Wilson ihre Friedensziele, die bekannten exorbitanten Bedingungen, von denen ich vorhin gesprochen habe, mitgeteilt. Jetzt mußte Klarheit werden, wohin eigentlich die Wilsonsche Friedensaktion zielte. Auch von beachtlicher neutraler Seite wurde die Meinung ausgesprochen, wenn der Präsident seinen Friedensvorschlag ernstlich gemeint habe, müsse er ungeweiht zum Ausdruck bringen, daß diese Antwort der Sache des Friedens nicht dienen könne, sondern den Fortgang des Krieges unvermeidbar mache. Ein Urteil von beachtlicher neutraler Seite!

Wir stehen jetzt vor der Frage, wie Wilson zu der ungeheuerlichen Ententeantwort, die geradezu die Ankündigung des Versailler Friedens war, sich verhielt.

Wilson richtete am 22. Januar jene vielbesprochene Botschaft an den Kongreß, die am gleichen Tage den sämtlichen Kriegsführenden durch die diplomatischen Vertreter offiziell übermittelt wurde. In dieser Botschaft erging sich der Präsident des langen und breiten über die ihm vorschwebende künftige Ordnung der Welt. Für die akute Friedensfrage wichtig waren folgende Punkte:

1. Die Botschaft enthielt nicht nur keine Zurückweisung der unerhörten Kriegsziele der Entente, sondern eine Zensurierung der Ausführungen der Entente und der Mittelmächte, die deutlich zugunsten der Entente ausfiel und — das stelle ich fest im Gegensatz zu einer von dem Herrn Abgeordneten Dr. Einzheimer in der ersten Sitzung des Ausschusses versuchten Abmilderung — die für die Mittelmächte schlechthin unannehmbaren Kriegsziele der Entente als diskutabel behandelte. Der Präsident sagte in seiner Botschaft:

„Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die lediglich — „merely“ heißt es im Text —

besagte, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern. Die Mächte der Entente haben viel ausführlicher geantwortet und wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen angegeben, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen. Wir sind dadurch der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärti-

gen Krieg beenden soll, um so viel näher gekommen.

Ich unterstreiche den letzten Satz doppelt, weil der Herr Referent ihn in seinem einleitenden Referat bei der Wiebergabe der unmittelbar vorausgehenden Sätze der Botschaft nicht mit vorgelesen hat. In diesem Satz werden die unerhörten Kriegsziele der Entente, von denen Wilson ausdrücklich mitteilt, daß sie der Entente als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen — Bedingungen, so unerhört, daß sie für jedes nicht niedergebrochene Volk unannehmbar sein mußten —, als solche bezeichnet, durch die man der Erörterung des Friedens so viel näher gekommen sei!

Was wir erwartet hatten und erwarten mußten, war, daß der Präsident Wilson, wenn er ehrlich den Frieden herbeiführen wollte und außerdem für dieses Geschäft das notwendige Verständnis für unsere Lebensinteressen hatte, nun der Entente zu verstehen gab, wie auch neutrale Staatsmänner angenommen haben: diese Bedingungen machen jeden Frieden unmöglich. Der Präsident war aber der Ansicht, daß wir mit durch diese Antwort der Entente dem Frieden näher gekommen seien. Daraus mußte für uns der Eindruck entstehen: Dank dem Gott, der uns vor diesem Friedensvermittler bewahrt hat! — Das ist der erste Punkt.

Ich erinnere weiter daran, daß in der Botschaft des Präsidenten Wilson der Satz vorkam:

Ich halte es zum Beispiel

— ganz nebensächlich, wie man etwa über ein Butterbrot und ein Ei spricht —

ich halte es zum Beispiel für ausgemacht, daß die Staatsmänner überhaupt darin übereinstimmen, daß es ein einiges, unabhängiges, selbständiges Polen geben sollte.

Gleich darauf sprach er von der Notwendigkeit, allen großen Nationen, zu denen natürlich auch die Polen gehören, einen direkten Ausgang zur See zu geben, wo dies durch Gebietsabtretungen nicht möglich sei, durch die Neutralisierung der Zugänge unter allgemeiner internationaler Garantie, — die wir ja jetzt im Frieden von Versailles glücklich bekommen haben.

Also nicht nur, daß Wilson die unerhörten Kriegsziele der Entente allgemein als distastabel behandelte, sie jedenfalls nicht als ein Hindernis zum Frieden ansah, — er nahm in einem für Deutschland ganz besonders empfindlichen Einzelpunkt seinerseits eine bezigierte Stellung für eine Lösung ein, die für ein nicht niedergeworfenes Deutschland schlechthin unannehmbar war. Es ist bei der Vernehmung des Grafen Bernstorff davon die Rede gewesen — Graf Bernstorff hat es ja mit einem kleinen Lächeln bestätigt, — Herr Wilson habe von den Verhältnissen in unseren Ostmarken und in Polen keine Ahnung gehabt. Ich nehme an, das dies richtig ist. Sonst würde ich Wilson als den größten Kriegsverlängerer allein wegen dieser Äußerung bezeichnen. Selbst wenn er keine Ahnung von den Verhältnissen hatte, über die er in einem so wichtigen Akt, wie in dieser Botschaft vom 22. Januar, über unsere Köpfe hinweg sich aussprach und festlegte, so sage ich noch einmal: Dank dem Gott, der uns vor diesem Friedensvermittler bewahrt hat!

Ich habe nie begriffen, und ich werde es nie begreifen, daß diejenige Senatsbotschaft Wilsons von dieser und jener Seite als

eine Bekundung des guten Willens, der Unvoreingenommenheit und der Unparteilichkeit Wilsons angesehen worden ist. Für mich war sie eine Bestätigung meiner schlimmsten Befürchtungen. Für mich war sie ein Dokument, das die Unfähigkeit Wilsons, sich aus seiner Voreingenommenheit zu befreien, das seine Unkenntnis unserer Geschichte, unserer geographischen, unserer Bevölkerungsverhältnisse und unserer nationalen Lebensbedürfnisse, das sein unheilbares Vorurteil gegen Deutschland ins hellste Tageslicht stellte. Ich kann es mir auch heute nur durch die lange Abschneidung eines jeden unmittelbaren Verkehrs und jeder unmittelbaren Berührung mit der deutschen Heimat und nur mit der starken Suggestion der amerikanischen Umwelt erklären, wenn der Botschafter Graf Bernstorff in dieser Botschaft einen weiteren Schritt zu einem für uns annehmbaren Frieden gesehen hat und auch nach dem 22. Januar in diesem Sinne berichtete. Hinter dieser Botschaft des Präsidenten Wilson vom 22. Januar 1917 zeigte sich bereits das Gesicht des Wilson von Versailles.

Als Herr Gerard am 22. Januar im Auswärtigen Amt einen Abdruck der Botschaft überreichte, die der Präsident Wilson im gleichen Augenblick im amerikanischen Kongreß verlas, war in der Frage des U-Boot-Krieges die Entscheidung, wie Sie wissen, bereits gefallen. Ende November oder Anfang Dezember 1916 hatte der Admiralsstab auf Grund eines Spezialfalles die Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges gegen die bewaffneten Handelsschiffe verlangt, auf Grund eines Spezialfalles, der mir hierfür an sich eine Rechtfertigung zu geben schien. Graf Bernstorff ist davon in einem Telegramm vom 1. Dezember 1916 verständigt worden. Ueber diesen Punkt ist es zwischen der politischen Leitung einerseits, dem Admiralsstab und der Obersten Heeresleitung andererseits, wie die Akten ergeben, zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Ich habe dabei die Ansicht vertreten, daß, wenn ich auch den Einzelfall, der die Veranlassung zur Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges gab, durchaus würdigte, eine Verkündung der Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges gegen die Handelsschiffe angesichts der von der amerikanischen Regierung in dem Memorandum vom 15. März 1916 eingenommenen Haltung die Friedensaktion kompromittieren und die Gefahr eines Bruches mit Amerika in der gleichen Weise heraufbeschwören würde, wie der uneingeschränkte U-Boot-Krieg. Herr Staatssekretär Zimmermann hat neulich hier bekundet — und das stimmt mit den Tatsachen überein —, daß er in diesem Punkt anderer Ansicht war, daß er glaubte, man würde jetzt bei der amerikanischen Regierung einiges Verständnis für den verschärften U-Boot-Krieg finden. Immerhin sind dann die Weisungen nach Washington bis in den Januar 1917 hinein verschoben worden, und diese Angelegenheit hat dann im weiteren Verlauf der Entscheidung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg für den Gang der Dinge keine besondere Rolle mehr gespielt.

Die Erörterung über die Wiedereröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges war, seit sie Anfang Oktober im Hauptausschuß des Reichstages zur Sprache gekommen war, zeitweilig durch unsere Friedensaktion vollständig in den Hintergrund gedrängt worden. Sie wurde, sobald sich das Scheitern unserer Friedensaktion annehmen ließ, erneut aufgerollt, und zwar durch das dem Ausschuß vorliegende Telegramm des Generals Ludendorff vom 20. Dezember. Das Telegramm lautet:

Nachdem Lloyd George

- der am 18. vor dem Unterhause Erklärungen abgegeben hatte —
das Friedensangebot durch seine Erklärungen im Unterhause abgelehnt hat,
- das ist in einer sehr scharfen Weise geschehen —,
bin ich auf Grund der Eindrücke, die ich an der Westfront gewonnen habe, der Ueberzeugung, daß nunmehr der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einsehen muß.

Der Reichskanzler stellte dem entgegen, daß zunächst die formelle Antwort der Entente abgewartet werden müßte, und daß dann der Verabredung gemäß die Frage des U-Boot-Krieges gegen bewaffnete Handelsschiffe betrieben werden sollte. In einer persönlichen Aussprache in Pleß, der auch der Staatssekretär Zimmermann und ich bewohnten, erklärte der Reichskanzler, seine weitere Haltung zur Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges von der endgültigen Stellungnahme der Entente zu unserem Friedensschritt und zu der Friedensaktion des Präsidenten Wilson und von der weiteren Entwicklung der gesamten Lage abhängig machen zu müssen. Wenn im gegebenen Moment eine Einigung zwischen ihm, der Obersten Heeresleitung und dem Admiralstabe nicht zu erzielen sei, werde die Entscheidung des Kaisers herbeigeführt werden müssen. Damit sind wir damals am 29. Dezember 1916 in Pleß auseinandergegangen. Am Tage darauf, am 30. Dezember, übergaben die Ententemächte ihre Antwortnote auf unseren Friedensvorschlag, deren Inhalt bekannt ist. Dagegen stand die Antwort der Entente auf die Friedensnote Wilsons noch aus, als am 8. Januar das gleichfalls dem Ausschuß bekannte Telegramm des Feldmarschalls v. Hindenburg in Berlin eintraf des Inhalts, daß er die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zum 1. Februar aus militärischen Gründen für unbedingt geboten halte. Der Kanzler reiste nach dem Eingehen dieses Telegrammes noch am Abend des 9. Januar nach dem Großen Hauptquartier und dort ist — Herr v. Bethmann Hollweg hat das ja hier ausführlich dargestellt — am 9. Januar abends die Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges für den 1. Februar 1917 beschlossen worden.

Ueber meine persönliche Stellungnahme zu dieser Entscheidung möchte ich folgendes bekunden.

Zunächst über meine Beurteilung der Wirkung des U-Boot-Krieges auf England.

In einem wichtigen Punkte hatten sich gegenüber dem Frühjahr 1916 die Verhältnisse sehr erheblich zugunsten des uneingeschränkten U-Boot-Krieges geändert. Die Ernte in England war wesentlich schlechter ausgefallen als in dem vorigen Jahre. Vor allem aber war die Ernte des Jahres 1916 in den für die Versorgung Englands wichtigen Bezugsgebieten, einmal in den Vereinigten Staaten und dann in Kanada, geradezu unheilvoll schlecht. Die Vereinigten Staaten und Kanada, die im abgelaufenen Erntejahr mehr als 88 Prozent der britischen Getreidezufuhr gedeckt hatten, diese beiden Gebiete sahen ihre Weizenernte von 37½ Millionen Tonnen auf 21½ Millionen Tonnen reduziert. Der Abgeordnete G o t h e i n, Mitglied der Kommission, hat damals im Hauptausschuß gleichfalls über diese Verhältnisse ausführlich gesprochen, und er wird mir die Richtigkeit dieser Zahlen bestätigen. Die Bestände an Brotgetreide in England selbst, die während der ersten acht Monate des Jahres 1916 durchweg höher gewesen waren als in den Vorjahren, hielten sich vom

September an unter dem Vorjahressstand. Auf Grund der Tatsachen habe ich nicht etwa erst im Januar, sondern schon im Oktober 1916 bei den Verhandlungen des Hauptausschusses ausdrücklich anerkannt — und hier zitiere ich wörtlich nach dem Stenogramm —, daß „der rücksichtslose U-Boot-Krieg heute erheblich bessere Aussichten auf eine Abschneidung Englands von der notwendigen Nahrungsmittelzufuhr haben würde als vor einem halben Jahre“. Trotzdem schienen mir im Oktober 1916 auch gegenüber diesen gebesserten Aussichten die Gefahren eines Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg zu überwiegen aus den Gründen, die ich vorgekennzeichnet habe hier in allgemeinen Teil meiner Darstellung zu entwickeln.

Die nun auf den Oktober folgenden Wochen und Monate brachten eine Bestätigung des unerhört schlechten Ernteaussalles in Nordamerika sowie Nachrichten über einen ähnlich ungünstigen Ernteaussall in Argentinien, wo der Weizenерtrag auf nur 2,1 Millionen Tonnen gegen 4,7 Millionen Tonnen im Vorjahr geschätzt wurde. Überall zeigten sich deutliche Symptome einer starken Verknappung der Getreideversorgung. Das Wort von der „Welthungersnot“ kam damals auf. Die Preise stiegen rapide. Aber trotzdem England die höchsten Preise bewilligte, sah es seine Zufuhren immer weiter hinter dem Bedarf zurückbleiben. Der Dezember 1916 brachte ihm eine Weizeneinfuhr von nur 1 410 000 Quarters gegenüber 1 955 000 Quarters im Vorjahr, und zwar mit der deutlichen Tendenz zu weiterer Verschlechterung, die dann auch eingetreten ist, soweit das die englischen Statistiken, die nach dem Bekanntwerden unseres Entschlusses zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg nicht mehr veröffentlicht wurden, zu übersehen gestatteten. Auch die an sich großen Getreidebestände, die Amerika aus der vorjährigen Rekord-ernte zurückbehalten hatte, zeigten eine reißende Abnahme, sanken mehr und mehr unter den Stand des Vorjahres herab.

Dazu kam als weiteres Moment: die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der effektiven Leistungen unserer U-Boote. Ich habe bereits erwähnt, daß die Versenkungen, die im Frühjahr 1916 im verschärften U-Boot-Krieg mit etwa 225 000 Tonnen monatlich ihre Höchstleistung erreicht hatten, in den letzten Monaten des Jahres 1916 mehr als 400 000 To. auf den Meeresgrund hinabschickten. Die amtlich veröffentlichten Zahlen für November sind bereits etwas über 400 000 Tonnen, für den Dezember 416 000 Tonnen und für den Januar rund 440 000 Tonnen. Diese Ergebnisse im U-Boot-Kreuzerkrieg ließen erwarten, daß die früher in Aussicht gestellten, doch immerhin nicht ganz sicheren 600 000 Tonnen, die der Admiralstab für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in Aussicht gestellt hatte, nicht nur mit Sicherheit erreicht, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit erheblich übertroffen werden würden. Das war eine Entwicklung, die erst seit dem Oktober zu übersehen war. Ueberhaupt machte sich die Wirkung des im Oktober in den britischen Gewässern auf Befehl des Kaisers, wie neulich festgestellt worden ist, mit Nachdruck ausgemerkten U-Boot-Kreuzerkrieges in dem Schiffsverkehr der britischen Häfen in ganz anderer Weise fühlbar als der frühere U-Boot-Krieg. Der Rauminhalt der in den britischen Häfen mit Ladung eingehenden Schiffe hatte in den Monaten Juni, Juli und August 1916, also nach der Einstellung des verschärften U-Boot-Krieges, wieder mehr als 2 700 000 Nettotonnen monatlich betragen. Im Monat Dezember 1916 waren es nur noch 1 213 000 Nettotonnen gegenüber — und das ist wichtig — einem

monatlichen Friedensdurchschnitt von 4 090 000 Tonnen im Jahre 1913. Der Eingang beladener Schiffe in britischen Häfen war also gegenüber der Friedenszeit im Dezember 1916 um nicht weniger als 45 Prozent nach der englischen Statistik selbst abgedrosselt. Von dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg konnte man natürlich eine weitere erhebliche Einschränkung erwarten.

Diese weitere Einschränkung zu den 45 Prozent bereits vorhandener Abdrofflung hinzu ließ allerdings die Möglichkeit, England an den Wurzeln seiner wirtschaftlichen Kraft und seiner Kriegsführung zu fassen, greifbarer erscheinen als vorher. Bei der Zusammensetzung der englischen Einfuhr mußte eine solche Einschränkung des Schiffsverkehrs Warenkategorien empfindlich treffen, die für die Volksversorgung und für die Kriegsführung unentbehrlich waren, und für die England im eigenen Lande Ersatz entweder überhaupt nicht oder nur langsam oder in engen Grenzen schaffen konnte; denn von der Einfuhr des letzten Friedensjahres in Höhe von 57 Millionen Tonnen kamen in runden Zahlen allein etwa 20 Millionen Tonnen auf Nahrungs- und Genussmittel, 16 Millionen Tonnen auf Holz, das insbesondere für den britischen Kohlenbergbau und Eisenerzbergbau von großer Wichtigkeit war, $7\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen auf Eisenerze und insgesamt nur $13\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen auf alle anderen Waren, darunter auch solche kriegswichtige Warengattungen wie Metalle — vor allen Dingen Kupfer — Baumwolle, Wolle, Petroleum.

Trotzdem auch die ungünstigen Ernteverhältnisse, die bereits erzielte Abdrofflung des britischen Seeverkehrs und die gesteigerte Leistungsfähigkeit unserer U-Boote die Aussichten für den U-Boot-Krieg erheblich verbessert hatten, habe ich, als im Dezember 1916 die U-Boot-Frage erneut aufgeworfen wurde, mit Entschiedenheit von der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vor einer klaren Erledigung der schwebenden Friedensfragen abgeraten; — vor einer klaren Erledigung der schwebenden Friedensfragen, das war der Hauptgesichtspunkt dabei. Auch wenn es mir jetzt möglich schien, England durch den Druck des U-Boot-Krieges zum Frieden geneigt zu machen, ehe Amerika das volle Gewicht seiner Wirtschaftskraft und Bevölkerung gegen uns einsetzen könnte — möglich schien! —, so hielt ich die amerikanische Gefahr doch immer noch für so groß, daß nach meiner Ansicht nichts verjäumt werden durfte, was auch nur die leiseste Möglichkeit geben konnte, Amerika vielleicht doch noch draußen zu halten. Von einem Losbrechen mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg, ehe unsere eigene Friedensaktion und diejenige Wilsons nicht nur vor unseren eigenen Augen, sondern auch klar vor aller Welt an der Ablehnung unserer Feinde gescheitert war, fürchtete ich die Zerstörung eines vielleicht immer noch — vielleicht immer noch! — vorhandenen Restes der Möglichkeit eines U-Boot-Krieges ohne Krieg mit Amerika. Ich konnte ferner in diesen Tagen die Erwägung nicht unterdrücken, daß ein solches vorzeitiges Losbrechen den falschen, grundfalschen, aber in seiner Wirkung auf die neutrale Welt und vielleicht auch auf das eigene Volk bedenklichen Eindruck erwecken könnte, als sei unser Friedensschritt nicht ernst gemeint, sondern nur ein taktisches Vorspiel einer von vornherein gewollten Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gewesen. Diese Gefahr hielt ich für vorliegend, auch wenn der Eindruck ein falscher war. — In der Politik hat man eben auch mit falschen Eindrücken zu rechnen! — Schließlich erschien es mir nicht angezeigt, durch eine nach meiner Ansicht durch die technische

Sachlage nicht unbedingt gebotene Beschleunigung der Entscheidung eine, wenn auch noch so schwache Möglichkeit, doch noch zum Frieden zu kommen, in Frage zu stellen.

Sie können sich denken, wie bei jemandem, der mitverantwortlich ist, sich jedenfalls mitverantwortlich fühlt, in solchen Zeiten, wo es um das Schicksal des eigenen Landes, des Vaterlandes geht, wo einem die Entscheidung über dieses Schicksal klar vor Augen steht, alle diese Erwägungen sich zusammendrängen.

Ich habe mich bemüht, Ihnen die Gedankengänge hier auseinanderzusetzen, aus denen heraus ich nicht gegen den U-Boot-Krieg an sich, sondern für eine kurze Vertagung der Entscheidung eintrat. Daß der U-Boot-Krieg nach dem Scheitern der Friedensbemühungen kommen müsse, darüber, meine Damen und Herren, war auch ich mir nicht im Zweifel.

Der Herr Vorsitzende hat neulich das Telegramm verlesen, das ich in dieser Frage am Vormittag des 9. Januar an Herrn v. Bethmann in das Große Hauptquartier gerichtet habe. Ich darf zu diesem Telegramm bemerken: Zusammen mit dem Staatssekretär Zimmermann habe ich mit dem Kanzler, ehe der Kanzler am Abend des 8. Januar abreiste, die Situation lange und eingehend besprochen. Ich hatte, wenn ich mich recht erinnere, erst am Tage zuvor mit einem Schreiben des Admiralstabs, das vom 6. Januar datiert ist, die Denkschrift des Admiralstabs vom 21. Dezember bekommen. Die Arbeit auch für andere Dinge schlug mir damals über dem Kopf zusammen. Ich habe mich damals, nachdem Herr v. Bethmann im Zuge saß, die Nacht über hingeseht und die Denkschrift des Admiralstabs, die ich vorher nur hatte flüchtig durchsehen können, auf genaueste durchstudiert, und ich habe morgens um 4 Uhr dieses Telegramm nach dieser Nachtarbeit geschrieben, das hier in den Akten sich befindet und hier, wie die Dinge gelaufen sind, gegen mich angeführt werden soll. In diesem Telegramm ging ich auf die Hauptpunkte der Argumentation der Denkschrift des Admiralstabs vom 12. Dezember 1916 ein. Ich wies dabei namentlich darauf hin, daß zu überstürzten Beschlüssen keine Veranlassung vorliege, machte darauf aufmerksam, daß der Januar und Februar aus natürlichen Gründen an sich ungünstige Monate für die britische Getreideeinfuhr seien. Amerikas Getreidebestände waren im wesentlichen ausgeschöpft; die argentinische Ernte war noch nicht bereit. Januar und Februar sind die natürliche Pause in der Getreidezufuhr. Die Zeit mußte also, soweit ich die Dinge von hier aus übersehen konnte, gerade in diesen Monaten nicht gegen uns, sondern für uns arbeiten und von selbst bewirken, daß die damals schon knappen Getreidebestände Englands sich noch weiter erheblich verschlechtern würden. Aus diesen Gründen kam es mir auf einen kurzen Aufschub der Entscheidung an, bis in der Friedensfrage nicht nur vor unseren Augen, sondern vor der ganzen Welt ein klares Bild vorhanden sei. Sie wissen, daß die Entscheidung am 9. Januar 1917 im Großen Hauptquartier dahin gefallen ist, daß nicht länger zugewartet werden dürfe und zugewartet werden könne daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg am 1. Februar eröffnet werden solle, und daß sofort alle Vorbereitungen dafür getroffen werden müßten.

Die Gründe für diese Entscheidung, Gründe, die man als schwerwiegender ansah als jeden Einwand, der gegen diese Entscheidung geltend gemacht werden konnte, hat Herr v. Bethmann Hollweg hier neulich ausführlich auseinandergesetzt. Ich kann für meine Person nur

bestätigen, daß er mir nach seiner Rückkehr aus Pless, und zwar am Abend des 12. Januar, die Vorgänge in Pless genau ebenso wie neulich hier im Untersuchungsausschuß geschildert hat, ebenso die Motive, die ihn, den Kanzler, bestimmt haben, dem Kaiser am Abend des 9. bei der entscheidenden Beratung zu sagen, er könne ihm nicht empfehlen, gegen den Antrag der Obersten Heeresleitung und des Admiralstabs zu entscheiden.

Ich habe den Verhandlungen in Pless nicht beigewohnt. Als mir am Vormittag des 10. Januar der Chef der Reichskanzlei, der auch nicht in Pless gewesen war, die getroffene Entscheidung kurz mitteilte, zunächst ohne Einzelheiten — er war ja dazu gar nicht in der Lage — ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, ich war aufrichtig erschüttert. Ich hielt die Entscheidung in diesem Augenblick, in dem die Friedensfrage nach außen hin nicht erledigt war, noch nicht in klarer, für alle Welt ersichtlicher Weise genügend geklärt und abgeschlossen schien, für einen Fehler, — für einen Fehler, der die ganze gute Wirkung, die unser Friedensangebot auch im Falle seiner Ablehnung ausüben sollte und mußte, in ihr Gegenteil zu verwandeln drohte.

Sie werden begreifen, daß mein erster Gedanke war, die Mitverantwortung für diese Entscheidung durch den Rücktritt von meinem Amte mit aller Deutlichkeit abzulehnen, und von diesem ersten Eindruck habe ich auch dem Chef der Reichskanzlei mit dem Ersuchen um Uebermittlung an den Reichskanzler Kenntnis gegeben.

Ich habe von diesem Entschluß Abstand genommen, nachdem mir Herr v. Bethmann Hollweg am Abend des 12. Januar die Sachlage, wie er sie in Pless vorgefunden, und den Gang, den die Dinge in Pless genommen hatten, dargelegt und die am 10. Dezember dem amerikanischen Botschafter in Paris überreichte Antwortnote der Entente auf die Wilsonsche Friedensnote mitgeteilt hatte. Der Text dieser Antwort ist am 12. Januar hier eingegangen. Herr v. Bethmann reichte sie mir entgegen, als ich bei ihm in das Zimmer eintrat. Das ist die Friedensnote, von der ich sagte, sie enthält in nuce den Vertrag von Versailles. Nun wußte auch ich: es gibt keinen Frieden ohne weiteren Kampf; nun nahm ich an, nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt einschließlich des Herrn Wilson sieht nun ein: auf Grund dieser Antwort gibt es keinen Frieden.

Es gab nur eine Möglichkeit, an die ich nicht glaubte und die auch nicht eingetreten ist. Die einzige Möglichkeit, nun doch noch zum Frieden zu kommen, wäre gewesen, daß der Präsident Wilson sich zu einem sofortigen Einsehen des stärksten Drucks auf die Entente bereit gefunden hätte. Das ist nicht geschehen. Zunächst hat der Präsident geschwiegen, und dann kam die Staatsbotschaft vom 22. Januar, die keine Zurückweisung war, sondern aus der man eher ein Gehenlassen, wenn nicht gar in gewissem Umfang eine Billigung der Ententebedingungen herauslesen mußte. Ich hatte denselben Eindruck wie denjenigen, von dem neulich Herr v. Bethmann Hollweg nicht als von seinem eigenen, sondern als von dem des Herrn Scheidemann gesprochen hat. Herr v. Bethmann hat die Rede des Herrn Scheidemann zitiert. Ich habe den Text nicht hier; aber der Kern war doch wohl, daß vor uns selbst und vor aller Welt durch die Ententeantwort vom 10. Januar der uneingeschränkte U-Boot-Krieg herbeigeführt und moralisch gerechtfertigt worden sei. Es bestand immerhin eine entfernte Möglichkeit, daß dieser Umstand sogar auf das amerikanische Verhalten gegenüber dem U-Boot-Krieg nicht ganz ohne Einfluß bleiben würde.

Das war die Situation, meine Herren, in der ich mir die Frage vorzulegen hatte, ob ich durch das Bestehen auf meinem Rücktritt die Hand dazu geben sollte, den U-Boot-Krieg — den beschlossenen U-Boot-Krieg! —, noch ehe mit unseren Bundesgenossen darüber gesprochen war, noch ehe unsere Bundesgenossen für den Anschluß gewonnen waren und noch ehe der U-Boot-Krieg begonnen hatte, — ob ich es vor mir selbst verantworten konnte, in den Augen unseres eigenen Volkes, unserer Bundesgenossen und unserer Feinde, diesen U-Boot-Krieg durch eine Demonstration zu diskreditieren, die im übrigen ganz nutzlos gewesen wäre. Ich wäre mir als ein Verbrecher vorgekommen, wenn ich so gehandelt hätte. Ich hätte durch ein solches Verhalten die gleiche untragbare Schuld auf mich geladen, wie ich sie neidlos den Männern überlasse, die im Juli 1917 hier in diesem Saale dem U-Boot-Krieg in den Rücken gefallen sind. (Lebhafte Bewegung. — Unruhe bei den Ausschußmitgliedern.) Wir waren im Kriege, wir kämpften um unser Leben! Sollte ich das Beispiel zu der Disziplinlosigkeit geben, an der wir schließlich zugrunde gegangen sind?

Die Entscheidung stand fest, sie war, wie die Dinge lagen, nicht mehr umzustößen. Ich selbst hätte, so schwer ich auch jetzt noch die kaum abzuwendende Gefahr des Krieges mit Amerika einschätzte, angesichts des Scheiterns der Friedensbemühungen und angesichts der Erklärungen unserer Feldherren über die militärische Zwangslage eine Möglichkeit der Vermeidung des U-Boot-Krieges nicht mehr sehen können. Nachdem die Entente nicht nur gegenüber uns, sondern auch gegenüber dem Präsidenten Wilson erklärt hatte, daß sie auf ihrem Vernichtungswillen bestehe, nachdem auf Grund aller bisherigen Erfahrungen auf einen Druck des Präsidenten Wilson auf die Entente nicht mehr gerechnet werden konnte, da hatten wir nur die Wahl, uns schmachlich zu unterwerfen oder das Letzte zu wagen, und da, meine Damen und Herren, hielt ich es mit Friedrich Wilhelm III., der in dem Aufruf an sein Volk vom 17. März 1813 gesagt hat:

„Keinen anderen Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesen würdet ihr getrost entgegen sehen, weil ehrlos der Preusse und der Deutsche nicht zu leben vermag.“

So habe auch ich im Januar 1917 das deutsche Volk eingeschätzt, und so schätze ich trotz allem, was inzwischen vorgekommen ist, das deutsche Volk auch heute noch ein.

Ich möchte hier eine Feststellung einschalten. Ich wünsche in keiner Weise mich darauf zu berufen, weder hier noch vor irgendeiner anderen Instanz, daß ich am 9. Januar bei der Entscheidung über den U-Boot-Krieg nicht mitgewirkt, ja daß ich noch am 9. Januar der Entscheidung in diesem Augenblick durch das bekannte Telegramm widersprochen habe. Ich bin der Entscheidung am 12. Januar beigetreten. Ich habe dadurch die moralische Mitverantwortung für diese Entscheidung übernommen. Ich habe in den folgenden Wochen und Monaten die Entscheidung vor dem Bundsratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, vor dem Hauptausschuß des Reichstags und vor der Öffentlichkeit vertreten helfen. Ich habe dadurch auch die politische Mitverantwortlichkeit übernommen. Ich bekenne mich zu dieser Verantwortlichkeit, und ich stehe für sie ein. — Das möchte ich hier feststellen.

Wenn irgend etwas nach dem 12. Januar geeignet war, mich in

meinem Eintreten für den U-Boot-Krieg zu bestärken, so waren es die weiteren Nachrichten, die aus Amerika zu uns herüberkamen, vor allem die *Senatsbotschaft* vom 22. Januar. Vor allem diese Senatsbotschaft hat mich in der Ueberzeugung bestärkt und mußte mich in dieser Ueberzeugung bestärken, daß auf des Präsidenten Wilson Hilfe für die Herbeiführung eines für uns annehmbaren Friedens nicht zu rechnen sei, ja sie hat mich zu der Ueberzeugung gebracht, die sich später so fürchterlich bewahrheitet hat — später, als im Oktober 1918 die Sache des Friedens in die Hände des Präsidenten Wilson gelegt wurde —, daß diese Sache in Wilsons Händen für uns zu einem Verhängnis ausschlagen mußte. Ich für meine Person bin deshalb auch gegenüber dem neuen Anerbieten des Präsidenten Wilson in der Depesche des Grafen Bernstorff vom 28. Januar skeptisch gewesen, um so mehr, als es mir gänzlich unwahrscheinlich erschien, daß der Präsident Wilson und die amerikanische Regierung damals nicht bereits über unseren Beschluß, am 1. Februar den U-Boot-Krieg zu eröffnen, unterrichtet gewesen seien. Lesen Sie, bitte, das Buch des Herrn Gerard. In diesem Buche wird ausdrücklich berichtet, daß Herr Gerard nach dem vielbesprochenen Bankett vom 6. Januar bestimmte Nachrichten darüber bekommen habe, daß der Beschluß über die Eröffnung des U-Boot-Krieges gefaßt sei, und daß er diese Nachricht nach Amerika weitergegeben habe. Das eröffnet Perspektiven, Möglichkeiten, von denen hier noch nicht die Rede war, Möglichkeiten, daß dieser Vorstoß, der am 28. Januar 1917 einging, überhaupt nicht ernst gemeint war, Möglichkeiten, daß uns hier eine Falle aufgebaut würde, Möglichkeiten, die jedenfalls von diesem Ausschuss nicht ganz ignoriert werden dürfen. Ich habe allerdings dem Versuch, diesen letzten Faden aufzunehmen, nicht widersprochen. Ich kann nur sagen, daß ich Herrn v. Bethmann selten in einer solchen innerlichen Erregung gesehen habe wie am Abend des 28. Januar, als sich diese leise Aussicht eröffnete, doch noch zum Frieden zu kommen. Und das ist auch begreiflich. Derjenige, der in erster Linie die Verantwortung trug für das, was nun geschah, mußte, wenn er so ehrlich dem Frieden zustrebte, trotz aller gegenteiligen Einwände, die sich ihm schließlich auch aufdrängen mußten, — er konnte gar nicht anders, als nochmals eine Probe aufs Exempel zu machen, nochmals Gelegenheit zu geben zu einer letzten Nachprüfung, nochmals eine letzte Tür zu öffnen, um zu sehen, ob nicht gegenüber all den anderen Einwürfen dennoch die Möglichkeit bestehe, aus dem Kriege heraus zum Frieden zu kommen.

So erklärt sich das Telegramm, das am 29. Jan. abgeschickt worden ist. Dieses Telegramm hat zu keinem Ergebnis geführt. Wir haben ja hier vorgestern am Eingang Auseinandersetzungen darüber gehört, wie der damalige Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg eigentlich hätte prozedieren und eingreifen müssen. Wir haben die Frage des Herrn Professor Bonn an den Grafen Bernstorff gehört, ob, wenn Herr v. Bethmann nur einige Nuancen anders telegraphiert hätte, ob dann Wilson so oder anders geantwortet hätte.

Meine Damen und Herren, es ist sehr schwer, sich den Kopf dieses sehr komplizierten Präsidenten Wilson zu zerbrechen.

Was stand in unserer Antwort?

Erstens unsere Friedensbedingungen; unsere Friedensbedingungen, von denen jedermann anerkennt, daß sie sehr mäßige waren, daß sie gar nicht in Vergleich mit den Ententebedingungen standen, bei deren Formulierung wir auch keinen Gebrauch gemacht haben, von dem Räte des Herrn

E n s i n g : die Entente macht vielleicht einen Bluff, schlägt doch auch ganz gehörig auf! Ich hatte den Eindruck, daß dieser Rat auch hier von dem einen oder anderen Herrn klug gefunden worden ist. Aber stellen Sie sich nur vor, wenn wir in dieser Situation gesagt hätten: wir wollen Belgien und Nordfrankreich annectieren! Dann hätten wir das Spiel Englands und vielleicht auch des Präsidenten Wilson gespielt. Das haben wir nicht getan, wir haben nicht aufgeschlagen. Ich will nicht sagen, daß wir das letzte Wort gesprochen haben, aber es war ein Wort, über das geredet werden konnte. Ueber den Vorschlag der Entente konnte nicht geredet werden.

Wir haben weiter in unser Antwort uns bereit erklärt, den U-Boot-Krieg einzustellen, sobald dem neuen Versuche des Herrn Wilson, den Frieden herbeizuführen, ein Erfolg gesichert sei. So ungefähr hieß es doch wohl in unserm Telegramm vom 29. Januar 1917.

Ja, sagt Herr Professor Bonn, wenn wir gesagt hätten: wir können die U-Boote jetzt im Augenblick nicht zurückrufen, es kann infolgedessen vorkommen, daß einige amerikanische Schiffe versenkt werden; also seid uns nicht böse, wir werden die U-Boote sobald wie möglich zurückrufen, und dann seid so gut und macht Frieden, — dann hätte Wilson, wie Herr Professor Bonn meint und wie Graf Bernstorff bestätigt hat, seine Friedensvermittlung fortgesetzt. Selbstverständlich nimmt Herr Professor Bonn an, daß es so gewesen wäre, und selbstverständlich nimmt Herr Graf Bernstorff auch an, daß es so gewesen wäre. Nun lassen Sie mich auch einmal eine Frage stellen: Wenn es dem Präsidenten Wilson Ernst mit dem Frieden war, konnte er auf diese Eröffnung von unserer Seite nicht sagen: ich begreife, daß ihr nicht sofort alle U-Boote zurückrufen könnt, und daß in der nächsten Zeit durch U-Boote noch Versenkungen vorkommen werden, daraus will ich euch also keinen Strid drehen; aber gebt wenigstens die Erklärung ab, daß ihr jetzt gleich, und nicht erst dann den U-Boot-Krieg einstellen werdet, wenn der Erfolg gesichert ist, sondern wenn ich euch jetzt verspreche: ich werde den nötigen Druck zugunsten eines annehmbaren Friedens auf den anderen ausüben. Das wäre kein großer Schritt gewesen, und ich glaube, jeder, dem das Telegramm bekannt war, wie es dem Präsidenten Wilson durch den Obersten House mitgeteilt wurde, und dem die Sache des Friedens wirklich ernst am Herzen lag, der hätte wohl diesen kleinen weiteren Schritt tun müssen.

Aber was tat der Präsident Wilson?

Da müssen Sie den Herrn Grafen Bernstorff fragen. Eine Antwort hat er überhaupt nicht gegeben, er hat einfach die Beziehungen abgebrochen, und in all der Zeit nachher, in der in der Welt über unsere angeblich übertriebenen Kriegsziele gesprochen worden ist, hat der Präsident Wilson die Bedingungen, die ihm von uns mitgeteilt worden waren und die so maßvoll waren, so ganz für sich behalten, daß kein Mensch und keine Seele etwas davon erfahren hat. Wir blieben die „Kriegsverlängerer“, wir blieben die „Welteroberer“.

Ich möchte nun ausdrücklich feststellen, daß sowohl das am 27. Januar eingegangene Telegramm des Grafen v. Bernstorff, wie auch unsere Antwort den Mitgliedern des Hauptausschusses des Reichstages in der geheimen Sitzung vom 31. Januar im vollen Wortlaute mitgeteilt worden ist. Ich möchte weiter feststellen, daß die große Mehrheit sich mit der Behandlung der Angelegenheit durch die politische Leitung einverstanden erklärt hat, mit der Einschränkung, daß die Sprecher der meisten Parteien den Wunsch ausdrückten, der Herr

Reichstanzler möchte, wenn es nun doch noch auf Grund unseres Telegramms zu Friedensverhandlungen kommen sollte, die jedermann wünschte, sich nicht streng an die dem Grafen Bernstorff skizzierten mäßigen Bedingungen für gebunden halten. Das stelle ich fest; denn das ist, wie mir scheint, von grundlegender Wichtigkeit für die Behandlung der ganzen Angelegenheit hier in diesem Ausschuss.

Aber, meine Damen und Herren, ich kann an dieser Tatsache nicht vorbeigehen, ohne eine Bemerkung an sie zu knüpfen, die sich an den Reichsminister Dr. David richtet, der wohl anwesend ist. Der Herr Reichsminister Dr. David hat nach dem „Vorwärts“, der wohl authentisch in diesem Falle berichtet, am letzten Sonntag in einer sozialdemokratischen Versammlung behauptet, daß nach den letzten Feststellungen — gemeint ist dieser Untersuchungsausschuss — das deutsche Volk in der U-Boot-Frage und hinsichtlich der Verhandlungen mit Wilson hinteres Licht geführt worden ist; er hat hinzugefügt: „während man Wilson gegenüber den plumpen Versuch machte, ihn zu betrügen, hat man dem deutschen Volke die Schwere des U-Boot-Krieges verschwiegen.“ Ich glaube, die bisherigen Behauptungen haben keinerlei Anlaß für die Behauptung der Herrn Dr. David gegeben. Daß der Reichstag über den U-Boot-Krieg und die Verhandlungen mit Wilson hinteres Licht geführt worden sei, diese Behauptung wird durch die neulich von Herrn v. Bethmann Hollweg gemachten und heute von mir wiederholten Feststellungen doch wohl erledigt. Konnte man dem Reichstag über die amerikanische Gefahr klareren Wein einschenken, als es von mir geschehen ist zu der Zeit, ehe der Reichstag selbst die Entscheidung aus der Hand gegeben hatte?

Ist nun der plumpe Betrug an Wilson aus dem Munde eines deutschen Reichsministers! Ich habe diese Dinge hier übersichtlich und wohl auch lüdenlos vorgetragen. Wo ist da auf unserer Seite auch nur der Anlauf, auch nur der schüchternste Versuch, auch der leiseste Anschein zu einem betrügerischen Versuch? Der Herr Reichsminister Dr. David nehme das Zeugnis des amerikanischen Botschafters Gerard zur Hand. Herr Gerard schreibt in seinem Buch, das wohl auch Herr Dr. David kennt, über den Chef der damaligen Reichsleitung, die den plumpen Betrugsversuch gemacht haben soll, folgendes:

Es wäre leichter für Deutschland gewesen, zum Frieden zu kommen mit Bethmann an der Spitze, denn die ganze Welt kennt und achtet ihn wegen seiner Ehrenhaftigkeit.

So der amerikanische Botschafter! — und so ein deutscher Reichsminister! (Bewegung und Zwischenrufe.)

Zur Sache zurückkommend, möchte ich meine Meinung dahin aussprechen, daß auch ohne die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges der neue Friedensschritt Wilsons nicht nur zu keinem für uns annehmbaren Frieden, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer kritischen Zuspitzung unseres Verhältnisses zu Amerika geführt hätte. Nur wenn der Präsident Wilson bereit gewesen wäre, mit dem ganzen Schwergewicht der amerikanischen Macht auf die Entente zu drücken, um sie zu einer völligen Sinnesänderung zu zwingen, und nur wenn er bei einem solchen Vorgehen die Unterstützung des amerikanischen Volkes und seiner Vertreter gefunden hätte, wäre Aussicht gewesen, zum Frieden zu kommen. — Glaubt heute noch irgend jemand, daß Herr Wilson zu einem solchen Druck auf die Entente bereit gewesen wäre? Glaubt das heute noch irgend jemand, trotzdem er unseren Friedensvorschlag in seiner

Senatsbotschaft mit einer schlechten Zensur bedacht und die Vernichtungs- und Zerstörungsziele der Entente als diskutabel behandelt hat, trotz seiner Aeußerung über die Selbständigkeit der Wiederherstellung Volens, trotzdem er sich schon im Frühjahr 1916 zu schwach gefühlt hat, um angesichts der Amerika mit der Entente verflechtenden Handelsinteressen Englands Seekriegsführung auf den Boden des Völkerrechts zurückzuführen, trotzdem nach dem Zeugnis seines Staatssekretärs Lansing von den 14 Punkten, die er uns im Oktober 1918 als Grundlage des Friedens garantiert hat, dann bei seinen Beratungen mit der Entente in Paris überhaupt kaum die Rede gewesen ist? Einen Drud hätte Wilson, um zum Frieden zu kommen, allerdings vielleicht ausgeübt, aber nicht auf die Entente, sondern auf uns. Schon im Oktober 1916 hat er in einer Rede angedeutet, daß es mit dem Neutralsein bald vorüber sei, daß der Krieg einen Anfang angenommen habe, der die Stellung der Neutralen früher oder später unmöglich mache. In seiner Note vom 21. Dezember 1916 selbst fand sich der Passus, daß die Interessen der Vereinigten Staaten durch den Krieg vernünftig in Mitleidenschaft gezogen seien und daß die Vereinigten Staaten offenkundig genötigt wären, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortbauern sollte. Am Tage der Uebergabe dieser Note vom 11. September 1916, ehe bei uns die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges überhaupt nur neu angeschnitten war, hat der Staatssekretär Lansing den Vertretern der amerikanischen Presse eine Unterredung gewährt, in der er sagte, *Amerika stehe nahe am Kriege*. Jedermann verstand: nahe am Kriege mit Deutschland. Er hat noch am gleichen Tage, als durch diese Aeußerung eine ziemlich große Aufregung entstand, versucht, die Aeußerung abzuschwächen, sie zu retuschieren; aber die Aeußerung ist nicht aus der Welt zu schaffen.

Aus alledem ergibt sich, wie groß ohne den U-Boot-Krieg damals die Gefahr war, daß schließlich der Präsident Wilson im Fortgang der von ihm beanspruchten Rolle als Friedensvermittler die *Vermittlung* mit dem Gewehrkolben besorgt hätte, und daß der Präsident Wilson im weiteren Gange seiner Vermittlung uns möglicherweise — persönlich möchte ich sogar sagen: wahrscheinlicherweise — vor die Frage gestellt hätte, entweder uns den ihm gutscheinenden Bedingungen zu unterwerfen oder die Vereinigten Staaten in die Reihe unserer Feinde eintreten zu sehen. Das ist die logische Folgerung aus den Aeußerungen Wilsons und Lansings, die ich mir erlaubt habe, soweit sie Ihnen nicht ohnedies bekannt waren, zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Diese Beurteilung hat dann ihre Bestätigung durch das bekannte *Zwiegespräch* zwischen Wilson und Mac Cum ber in der amerikanischen Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten gefunden. Es ist neulich über diese Bedeutung dieses Zwiegespräches viel gesprochen worden. Ich glaube: nach dem, was ich eben mitgeteilt habe, wird diese Bedeutung des Zwiegespräches um eine Schattierung klarer. In diesem Zwiegespräch hat der Präsident Wilson nach mehrfachem Hin und Her schließlich zugegeben, er glaube, daß Amerika auch ohne den U-Boot-Krieg unter allen Umständen in den Krieg mit Deutschland gekommen wäre.

Es scheint allerdings, als ob es trotz alledem, auch trotz der Erfahrungen von Versailles, in Deutschland immer Leute geben wird, die Wilson als den Mann der Gerechtigkeit und des Friedens feiern und die die Schuld für die Kriegsverlängerung auf das eigene Vaterland schieben.

werden. Das Flagellantentum, die Selbsterniedrigung ist ja zur deutschen Krankheit geworden.

Ich habe nun die Frage des Herrn Vorsitzenden nach den tatsächlichen Wirkungen des U-Boot-Krieges zu beantworten.

Die Antwort ist nicht leicht. Das Ende sehen wir ja alle; aber darum handelt es sich nicht, sondern darum, wie es zu diesem Ende gekommen ist. Da gehen technische, wirtschaftliche, militärische und politische Wirkungen, technische, wirtschaftliche, militärische und politische Gegenwirkungen sowohl auf unserer Seite wie auf der Seite unserer Feinde durcheinander. Das schließliche Resultat, das wir alle erlebt haben, ist nur das Ergebnis dieser komplizierten Kräfte.

Eine andere Schwierigkeit ist, daß wir auch heute noch in manchen Punkten die Situation, wie sie sich bei unseren Feinden gestaltet hat, nicht klar übersehen. Die englische Statistik, die englischen Veröffentlichungen über alle wirtschaftlichen Dinge waren ausgezeichnet und lückenlos bis zum Beginn des U-Boot-Krieges. Dann wurden sie in allen interessanten Punkten eingestellt, und es ist mir bisher nicht gelungen, nachträglich eine velle Aufhellung dieser Dinge herbeizuführen.

Schon hinsichtlich der Versenkungen, also hinsichtlich der rein technischen Wirkungen, sind ja Zweifel an der Richtigkeit der von unserer Admiralität veröffentlichten Zahlen geltend gemacht worden. Der Herr Abgeordnete Gothein hat neulich den Zahlen des Admiralskabs die von der britischen Admiralität veröffentlichten Zahlen gegenübergestellt. Ich habe einen Auszug aus der Veröffentlichung des britischen Admiralskabs hier, und ich stelle aus diesem Auszug folgendes fest — es handelt sich nur um britische Schiffe, nicht um neutrale Schiffe —:

Verloren wurden während des Krieges an britischen Handelsschiffen — einschließlich Fischerfahrzeugen, die aber keine große Rolle spielten: 7 831 000 Tonnen, beschädigt wurden an Handelsschiffen 8 008 000 Tonnen, zusammen rund 15 839 000 Tonnen.

Also 15 839 000 Tonnen verlorene und beschädigte Schiffe auf eine Tonnage Englands, die zu Anfang des Krieges rund 20 Millionen Tonnen stark war! Der Herr Abgeordnete Gothein hat neulich, wenn ich recht gehört habe, darauf aufmerksam gemacht, es sei unverhältnismäßig viel Tonnage durch Minen verloren gegangen. Wenn ich recht gehört habe, nahm er an, es sei der größere Teil durch Minen verloren gegangen. (Abgeordneter Gothein: Das war ein Irrtum!) — Das war in der Tat ein Irrtum. Verloren gegangen sind durch Minen 673 000 Tonnen, durch U-Boote 6 635 000 Tonnen, also zehnmal so viel; beschädigt worden sind durch Minen 432 000 Tonnen, durch U-Boote 7 335 000 Tonnen, also zwanzigmal so viel.

Wenn ich nun die Veröffentlichungen unseres Admiralskabs vornehme, so errechne ich mir insgesamt auf die Welttonnage, nicht auf die britische, rund 19 Millionen Tonnen Versenkungen. — Ich weiß nicht, ob das so stimmt. Ich habe mich bemüht, die Einzelzahlen, die zu meiner Kenntnis gekommen sind, aufzuaddieren. — Davon kommen 5 Millionen Tonnen auf die Zeit vor dem 1. Februar 1917 und 14 Millionen Tonnen auf die Zeit nach dem 1. Februar 1917. Was speziell an englischen Schiffen versenkt worden ist, ist nur zeitweise veröffentlicht worden; wenn ich das sich danach ergebende Verhältnis als allgemeinen Maßstab zugrunde lege, so würde ich nach diesen Angaben auf eine englische Versenkungsziffer von 11 bis 13 Millionen Tonnen kommen gegenüber 7 bis 8 Millionen Tonnen Versenkung und 15.8 Millionen

Tonnen Versenkungen und Beschädigungen nach den englischen Ziffern. Sie sehen also: die Zahlen unseres Admiralsstabes liegen in der Mitte zwischen den Angaben der Engländer für versenkte Schiffe und für versenkt zuzüglich beschädigter Schiffe. Die Erklärung, die neulich hier gegeben wurde, daß ein Teil der von den Engländern als beschädigt gemeldeten Schiffe von uns als versenkt angenommen wurden, scheint hiernach zu stimmen. Jedenfalls aber steht fest, daß die 19 Millionen Tonnen Gesamtversenkungen nach unserer Statistik auf die Welttonnage von zwischen 45 und 50 Millionen Tonnen und die nach den englischen Statistik versenkten und beschädigten nahezu 16 Millionen Tonnen auf eine englische Tonnage von zirka 20 Millionen Tonnen bei Beginn des Krieges eine ganz ungeheure technische Leistung sind. Die technische Leistung erreicht nach den englischen wie nach den deutschen Zahlen ihren Höhepunkt in den Monaten April und Juli 1917. In den beiden Monaten hatten sie mehr als eine Million Tonnen nach unseren Meldungen überschritten. Vom Herbst 1917 ab ist dann ein merkbares Nachlassen eingetreten und ein stärkeres Nachlassen vom Mai 1918 an. Ich glaube, man kann sagen: in dem Nachlassen vom Herbst 1917 an ist die Steigerung der Abwehr sehr deutlich erkennbar. Hier tritt also die technische und militärische Gegenwirkung auf der anderen Seite von diesem Zeitpunkt an deutlicher in die Erscheinung.

Nun die wirtschaftlichen Wirkungen! Sie stoßen in noch höherem Maße als die technischen Wirkungen bei ihrer Ermittlung auf die Schwierigkeit, daß von Februar 1917 an die englische Regierung die Veröffentlichung der wichtigsten statistischen Nachweise verbot oder einschränkte, so die Statistik über den Schiffsverkehr, so die Statistik der Einfuhr der wichtigsten Einfuhrartikel, namentlich der Nahrungsmittel, so die Angaben der britischen Fachzeitschriften über die Getreidebestände, über die Zugänge und über die Abgänge. Das alles ist entweder schon vom Monat Februar an oder bald darauf verschwunden. Einen Eindruck geben die im März veröffentlichten Zahlen für eine Anzahl bekannter Einfuhrwaren. Hier zeigen sich gegenüber dem März 1916, dem Parallelmonate des Vorjahres, folgende Rückgänge: bei Wolle 33 Proz., bei Baumwolle 53 Proz., bei Eisen und Stahl 62 Proz. und bei Holz 64 Proz. Für Nahrungsmittel sind leider Mengenangaben für den Februar nicht mehr erhältlich, für den März überhaupt nicht mehr.

Für die Getreideversorgung Englands und seiner Verbündeten in der kritischen Zeit ergeben sich aber gewisse Anhaltspunkte aus den Ziffern über die Getreideverschiffung der atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten. Die Weizenverschiffung dieser Häfen hat noch im August 1916 25 Millionen Bushels gegenüber 14 Millionen im Vorjahre betragen, also nahezu doppelt soviel. Das war die Situation noch im August 1916! Im September, mit dem Herkommen der neuen Ernte, kam der Umschlag. Schon im September 1916 betrug die amerikanische Verschiffung 14,5 Millionen gegenüber 16,5 Millionen im Vorjahre, im Dezember 12,3 Millionen gegen 23,8 Millionen im Vorjahr; in den fünf Monaten Januar bis Mai 1917 stand die Verschiffung auf rund 67 Millionen Bushels gegenüber 110 Millionen im Vorjahre. Im Mai selbst waren es 11 Millionen gegen 22 Millionen im Vorjahre. Das ist der Eindruck, den die amerikanische Getreideverschiffungsstatistik, die nicht nur nach England, sondern nach den anderen außerdeutschen Ländern ging, für die Einschränkung der Getreideversorgung der Entente in jener kritischen Zeit gibt. Sie werden mir zugeben, daß

die Einschränkung, wie sie sich hiernach darstellt, eine sehr erhebliche ist. Der Juni hat steigende Zahlen gebracht; aber leider hören meine Nachrichten im Laufe des Juni auf. Ich habe das aus anderen Quellen gelesen, daß im Juni oder Juli die Einfuhr besser gewesen sein soll als in den fünf ersten Monaten des Jahres zusammengekommen. Amerika hat in diesem Zeitpunkt die äußersten Anstrengungen gemacht, um bei Einschränkung seines eigenen Bedarfs in diesem kritischen Augenblick England zu versorgen und herauszureißen.

England tat, was es nur irgend konnte, um sich unserem Griff zu entziehen. Neben technischen Gegenwirkungen, über die ich nicht zu sprechen brauche, über die ich auch nicht kompetent bin, stellte es starke wirtschaftliche Gegenwirkungen. Es verbot die Einfuhr aller irgendwie überflüssiger Dinge, es konzentrierte seine Einfuhr auf die Dinge, die für das Land und die Kriegführung absolut und in erster Linie wesentlich waren. Es hat in der kritischen Zeit zum Beispiel die Schiffe für Fleischtransport mit Gefriereinrichtungen ohne weiteres in die Getreidefahrt hineingeworfen, um das Getreide, das in England in der kritischen Zeit bis zum äußersten knapp geworden war, noch rechtzeitig heranzuschaffen. Es hat ferner die Ausnützung des Schiffsraums aufs äußerste gesteigert: teilweise durch einheitliche Kontrolle, teilweise durch stärkere Beladung. Es hat seine Schiffe aus allen nicht unmittelbar für die Versorgung Englands dienenden Linien herausgezogen, so daß nach dem Ausspruche des britischen Handelsministers von der internationalen Schifffahrt Großbritanniens nur noch das Skelett übrig geblieben war. Die Neutralen wurden in die Schifffahrt mit England durch die stärksten Druckmittel gezwungen. Die Hungerpeitsche wurde nicht nur über uns, sondern über den Neutralen geschwungen. Die Aneignung der deutschen Tonnage überall in der Welt dadurch, daß Länder, mit denen wir nicht das geringste zu tun hatten, wie Siam und andere Staaten, in den Krieg mit uns hineingepreßt wurden, — diese Aneignung deutscher Tonnage, die man dort raubte, ist bekannt. Dazu kam die Aneignung neutraler Tonnage. Ich erinnere an den ungeheuren Druck, den England mit den Knochenfingern des Hungers auf Holland im März 1918 ausgeübt hat, wo die Situation offenbar kritisch war, wo England nicht nur von dem „ius angariae“ Gebrauch gemacht hat, von dem neulich Herr Professor Schüdting sprach, sondern wo England Holland gezwungen hat, die auf hoher See fahrenden Schiffe auszuliefern und sogar die Schiffe aus holländischen Häfen — ich glaube, es waren 300 000 Tonnen —, der Entente zur Verfügung zu stellen. Die Holländer wehrten sich aufs äußerste, sie haben sich an uns gewendet; wenn wir ihnen damals mit Getreide hätten zu Hilfe kommen können, so hätten wir ihnen einen Widerstand möglich gemacht. Das konnten wir nicht in der Quantität, wie es von Holland verlangt wurde, und so mußte Holland sich vor dem Hungerdruck beugen und eine unneutrale Handlung begehen, indem es aus seinen eigenen Häfen an England Schiffe auslieferte.

Dazu kamen auf längere Sicht die großartigen Bemühungen, die ich anerkenne — wie ich überhaupt den festen Sinn und die feste Organisation und die Geschlossenheit und den absoluten Willen zum Durchhalten bei den Engländern anerkenne —, die großzügigen Maßnahmen zur Hebung der Produktion im eigenen Lande, die natürlich nicht in Monaten, sondern erst im nächsten oder übernächsten Jahre wirken konnten: das große Ackerbauprogramm, verstärkter Holzschlag, verstärkte Eisenerzgewinnung und ähnliches mehr.

Das waren in kurzen Zügen die wirtschaftlichen Gegeneffekte, die in England versucht worden sind. Ueber all diese Dinge ist auch während des ersten Halbjahres von 1917 wiederholt in diesem Saale gesprochen worden, auch von mir, und zwar nicht schönfärberisch, wie man öfter oft vorgeworfen worden ist, sondern — das glaube ich sagen zu dürfen — nüchtern und sachlich, wie sich das unter ernstlichen Männern ziemt.

Ich habe den Gedanken, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg in wenigen Monaten zum Erfolge führen würde, nicht nur nicht verbreitet, sondern ausdrücklich zurückgewiesen. Ich habe allerdings die Hoffnung ausgesprochen, daß es uns gelingen werde, England friedensbereit zu machen, ehe Amerika in der Lage sei, effektiv in den Krieg einzugreifen; aber in bewußtem Gegensatz zu der Festsetzung, zu dem Inaussichtstellen irgendwelcher bestimmten Termine habe ich hier am 31. Januar 1917 die-
ser Hoffnung ausdrücklich den Zusatz folgen lassen: „Eine Garantie kann natürlich niemand übernehmen.“

Ich bin in dem Gedanken, daß man Termine festsetzen könne und Garantien übernehmen könne, nicht etwa nur beiläufig, sondern doch mit erkennbarer Absicht in den Worten, die ich eben verlesen habe, entgegengetreten. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, darauf hinzuweisen, wie schwer der Kampf ist, und ich habe immer und immer wieder auch auf die geistlichen und sittlichen Kräfte hingewiesen, die wir brauchten, um unsere materiellen Erfolge zu dem Ziele auszureifen zu lassen, die wir in diesem Kriege erreichen mußten: zur Selbstbehauptung.

Herr Dr. Ginzheimer hat — wohl um mich in Gegensatz zu mir selbst zu stellen — einige Absätze aus einer Rede von mir vom 1. Februar 1917 verlesen. Lassen Sie mich auch eine Stelle aus dieser Rede verlesen, die ihnen zeigt, in welchem Sinn ich mich damals im Hauptausschuß aussprach. Ich habe damals in derselben Rede gesagt:

Der Entschluß ist gefaßt worden, weil wir die Ueberzeugung haben, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg dasjenige Mittel ist, das, wie heute die Dinge liegen, allein geeignet ist, unsere Gegner zur Vernunft zu bringen und den Krieg abzukürzen. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, diese Ueberzeugung überall in unser Volk zu tragen. Ich wiederhole: der Würfel ist gefallen. Jetzt heißt es: die Zähne aufeinanderzubeißen, all Kräfte zusammenzunehmen; jetzt heißt es:essen
Tritt und „durch“!

Ich glaube, auch diese Worte waren deutlich und klar genug. Sie sollen zeigen, daß allein von den materiellen Wirkungen des U-Boot-Krieges ich mir die entscheidende Wirkung nicht versprechen konnte, sondern daß dazu die Kräfte mit notwendig waren, an die ich in dieser Sitzung vom 1. Februar 1917 in diesem Saale hier appelliert habe.

Lassen Sie mich einige Monate weiter greifen! Lassen Sie mich eine Stelle aus meiner Rede vom 30. April 1917 — gleichfalls in diesem Saal — verlesen. Ich habe damals gesagt:

Wenn ich aus alledem, was ich Ihnen vorgetragen habe, das Ergebnis ziehe, daß wir mit England fertig werden,
— das war mein Eindruck damals: wir werden es schaffen —
so müssen wir uns doch innerlich darauf einrichten, daß das alles vielleicht nicht so schnell geht, wie wir es wünschen. Das versteht sich ja von selbst!

Diese Dinge machen wir aber unter uns aus; die brauchen wir nicht nach außen zu tragen . . . Flaumacherei mache ich nicht mit! Das können wir nicht brauchen!

Das war die Situation, in der die materiellen Wirkungen des U-Boot-Krieges ihren Höhepunkt erreichten, in der aber auch schon jene inneren Gegenwirkungen angingen, von denen noch sehr viel zu sprechen sein wird. Nicht heute. Ich weiß, daß der Ausschuß das nicht wünscht, ich werde deshalb heute kurz darüber hinweggehen. Aber später!

Ich habe damals schon vor diesen Gegenwirkungen ernstlich gewarnt. Ich habe im unmittelbaren Anschluß an die soeben verlesenen Ausführungen gesagt, und zwar zu den Herren Sozialdemokraten gewendet, die nach Frieden riefen:

Ich möchte den Frieden sehen, den Sie uns heute bringen können. Wir müssen sehen, daß die Franzosen heute erklären, wenn sie uns Elsaß-Lothringen und womöglich das linke Rheinufer nehmen, das sei keine Annexion, denn das gehöre ihnen von Rechts wegen; daß sie eine Entschädigung aller der Schäden haben wollen, die sie durch den Krieg erlitten haben, denn das sei keine Kriegsentuschädigung, sondern eine „zivilrechtliche Entschädigung“. Für eine solche „zivilrechtliche Entschädigung“ ist ihnen das *Sarravier* gerade gut genug. Es sind französische Sozialisten, die solche Ansichten vertreten.

Das habe ich unseren Sozialisten damals zugerufen. —

Diese Art von Frieden ohne Annexion und Entschädigung können Sie vielleicht heute haben. Aber ich mache einen solchen Frieden nicht mit; da gehe ich lieber nach Hause und traure in Sad und Asche.

Ich habe im Anschluß daran dann einen Artikel des Senators Humbert zitiert, der mir damals die Situation richtig zu beleuchten schien und den Sie heute gewiß nicht ohne Bewegung anhören werden. Der Senator Humbert hat damals geschrieben:

Solchen Kriegsmethoden — wie den deutschen — muß man Friedensbedingungen entgegenstellen, die aus demselben Geiste hervorgegangen und mitteleidlos sind. Deutschland muß also wieder herausgeben, was es gestohlen hat; es muß alles, was es zertrümmert hat, den Wert nicht nur in Geld, sondern in natura ersetzen. Deutschland muß wiedergutmachen. Seine Bergwerke, seine Fabriken, seine Werften werden uns umsonst Kohlen, Stahl, Schienen, Lokomotiven, Waggons, Maschinen liefern müssen. Es wird arbeiten, um uns die Grundlage des Wohlstandes, die es zerstören wollte, wiederzugeben. Dorthin, wo Deutschlands Heere von Plünderern ihre Verwüstungen ausübten, wird es jährlich Arbeiterkontingente senden müssen, die dort eine dem abgeschafften Militärbiens entsprechende Leistung zu vollbringen haben werden. Wir werden als Sklaven die Rasse von Sklaven behandeln, die davon träumt, das Weltall tyrannisch zu beherrschen.

Das ist der Friede, habe ich hinzugefügt, den Sie (die Sozialdemokraten) heute haben können, und das ist der Friede, den wir nicht haben wollen.

Das war am 30. April 1917. Konnte ich ernster sprechen? Konnte ich eindringlicher sprechen? Habe ich Ihnen damals hier im Ausschuß nicht unser Schicksal vorgezeichnet, das unentrinnbar wurde, wenn wir zu wanken und zu schwanken angingen?

Aber, meine Damen und Herren, es war ja alles in den Wind gesprochen, weil Leute, die heute vom Verschweigen und Vertuschen sprechen, damals nicht hören wollten. Gerade damals — ich spreche vom 30. April begann die Frucht des Friedens heranzureifen. Der U-Boot-Krieg wirkte fühlbar auf England. Ich habe es Ihnen ja in den Zahlen gezeigt, wie sich das steigerte. Er entlastete unser Heer. Die Herren vom Militär werden Ihnen bestätigen, daß sie uns Berichte schickten: wir merkten den U-Boot-Krieg, wir spüren die Entlastung. Der Kriegsminister v. Stein hat das hier im Hauptausschuß ausdrücklich bezeugt. Der U-Boot-Krieg trug dazu bei, uns die Abwehr der gewaltigen feindlichen Offensiven möglich zu machen, vor allem die Abwehr der Champagne-Offensive des Generals Nivelle, die im Blut erstickte und die im französischen Heer schwere Meutereien auslöste. Wir konnten die politischen Wirkungen des ungeheuren Drudes unserer U-Boote in ihren Anfängen feststellen. Darüber soll ja heute nicht gesprochen werden, so sehr das alles zum Bilde gehört. Das Bild ist unvollständig, ist überhaupt kein Bild, solange gerade über diese Dinge nicht sehr eingehend gesprochen wird.

Ich übergehe infolgedessen die einzelnen Ausführungen, die ich zu diesem nach meiner Ansicht nicht nur wichtigen, sondern entscheidenden Punkte zu machen hätte, und beschränke mich heute darauf, festzustellen, daß hier eine Lücke bleibt, die später ausgefüllt werden muß. Ich beschränke mich darauf, festzustellen, daß im Kriege nicht nur die Masse, nicht nur die Menschenzahl, nicht nur die Technik entscheiden, daß im Kriege zu allen diesen Dingen geistige und sittliche Imponderabilien hinzukommen. Ich beschränke mich darauf, daß gerade in jener Zeit der Feldmarschall v. Hindenburg in seiner Aeußerung zu der unseligen Denkschrift des Grafen Czernin gesagt hat, der Ausgang des Krieges sei jetzt mehr denn je eine Nervenfrage; daß es völkerverpsychologische Imponderabilien gibt, die man eben nicht wiegen kann, die aber, wenn die großen Entscheidungen der Weltgeschichte nur noch im labilen Gleichgewicht sind, den Ausschlag geben; daß die schärfste Waffe stumpf wird, wenn der Glaube an sie bei Freund und bei Feind zerfällt.

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie wissen wollen, was meine Ansicht ist, warum der U-Boot-Krieg nicht zur Auswirkung kam, warum er uns nicht zum Ziel geführt hat, so will ich meine Ansicht, die ja dann erst später eingehend begründet werden kann, hier wenigstens niederlegen: Der U-Boot-Krieg hat nicht zum Ziel geführt, weil die U-Boot-Waffe von innen heraus kumpf gemacht worden ist.

Jahrbuch

der Deutschnationalen Volkspartei 1920

mit neuem künstlerischen Titelblatt. Umfang 320 Seiten Text.

Das Jahrbuch 1920 der deutschnationalen Volkspartei

weist einen bei weitem gediegeneren und vielseltigeren Inhalt auf, enthält Beiträge aus der Feder berufener und sachkundiger deutschnationaler Schriftsteller und kann daher einen besonderen Platz in der deutschnationalen Literatur beanspruchen.

Aus dem reichhaltigen Inhalt heben wir u. a. hervor:

- „Richtlinien der Deutschnationalen Volkspartei“.
- „Leitfäden der Deutschnationalen Volkspartei für die preussischen Gemeindewahlen“.
- „Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei“.
- „Die deutschnationalen Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung“.
- „Die deutschnationalen Mitglieder der Preussischen Landesversammlung“.
- „Deutschnationale Mitglieder außerpreussischer Landtage“.
- „Die Berufstellung der deutschnationalen Mitglieder der Preussischen Landesversammlung“.
- „Die Berufstellung der deutschnationalen Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung“.
- „Die Zusammensetzung der Preussischen Nationalversammlung“.
- „Die Präsidenten des bisherigen Reichstags waren:“.
- „Landwirtschaft und Deutschnationale Volkspartei“ von A. Arnstadt.
- „Beamte, Lehrer u. Deutschnationale Volkspartei“ von Seminarlehrer Delge.
- „Die Angestellten und die Rechtsparteien“ von Eugen von Claus.
- „Was soll tun“ von B. Albers, Herford.
- „Mittelstandspolitik“ von Hugo Jordan.
- „Gefahren für die Pressefreiheit“ von G. A.
- „Einzelheiten aus der jüngsten Wahlstatistik“.
- „Politik“ von Max Taube.
- „Der Völkerring und seine Ursachen“ von Hermann von Radow.
- „Hat ein feindliches Friedensangebot vorgelegen?“
- „Sedan—Versailles“.
- „Die tschecho-slowakische Republik“ von Viktor Otte, Wien.
- „Im Verkehr mit Engländern“ von v. Balbeyer-Park.
- „Die deutsche Kolonialpolitik und der Weltkrieg“ von Wilhelm Föllmer.
- „Historisches Kalendartum“.
- „Die Grenzen des deutschen Volkstums“ von Dr. Hanns Martin Gfeller.
- „Monarchie und Meer in der Geschichte Preußen-Deutschlands“ von Konfistorialrat E. Klein.
- „Der Freiherr von Stein und seine Gefolgsleute“ von Dr. Ludwig Lorenz.
- „Walter Rathenau und der Glaube“ von Dr. Ludwig Lorenz.
- „Ein Judas erkand.“
- „Das Paulskirchen-Parlament“ von Jul. Berner.
- „Urchristentum und Bolschewismus“ von Julius Berner.
- „Die Futuristen in der Malerei und die Pointirten in der Musik“ von Viktor Otte, Wien.
- „Unser Viehbestand“.
- „Der Weinwucher“.
- „Die neuen Eisenbahnfahrpreise“.
- „Allerlei Wissenswertes“:
 - a) „Eine sonderbare Frauenbewegung“.
 - b) „Vom Rechtsgehen der Damen“.
 - c) „Studenten im Altertum“.
 - d) „Seltsame Fleischspeisen“.

Alle Mitglieder unserer Partei, die sich irgendwie an der Durchführung unserer Bestrebungen tätig beteiligen, sollten das Jahrbuch bestellen; den tiefer Schürfenden bietet es vielseitige Anregungen und dem Förderer unserer Bewegung nützliches politisches Material. Der sehr niedrige Preis ermöglicht jedem Mitgliede die Anschaffung.

Stückpreis nur M. 3.—, bei Entnahme von über 10 Stück.

— beträgt der Stückpreis (ausnahmslos) nur M. 2.75. —

Die Portokosten trägt der Besteller; sie sind bei Voreinsendung des Betrages schätzungsweise mitzusenden.

Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.

Berlin SW. 11, Bernburgerstr. 24¹.